

# Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr nichts.  
Vereinigt Alles!

Organ des Verbandes Deutscher Textilarbeiter

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementpreis pro Vierteljahr  
4,50 M., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post  
das Bestellgebühr hinzukommt.

Redaktion und Expedition:  
Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 II  
Telephon: Amt VII, Nr. 1076.

Insetrate pro 3 gespalte Petitzelle 2 M. — Alle Inseraten,  
Abonnements- und Verbandsbeiträge sind an Otto Schmid,  
Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.

## Kollegen, Kolleginnen, vergesst nicht die Arbeitslosenzählung am 12. Juni!

Auslage: 107000 Exemplare

### Inhalt:

Bur Arbeitslosenzählung. — Demokratie und Gerechtigkeit. (IV). — Der Esel in der Löwenhaut. — Das natürliche Verhältnis des Kapitals zur Arbeit. — Verbrauchsmittel. — Soziale Gegensätze oder die Lage der Textilarbeiter in Augsburg. — Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen der Zutspinnerei und Weberei L.G. zu Braunschweig. — Die Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit in der Bielefelder Textilindustrie. — Der Lohnkampf bei Firma Schneider, Mangel und Appreturfabrik in Neichenbach in Schlesien ist beendet. — Die Direktion der Norddeutschen Wollanmutter und Kammgarnspinnerei und das Koalitionsrecht. — Ein Streik im 18. Jahrhundert. — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen. — Vereinsgesetzliches. — Berichtliches. — Aus Unternehmerkreisen. — Vermischtes. — Missstände im Textilgewerbe. — Verichte aus Fachkreisen. — Briefstellen. — Bekanntmachungen. — Totenliste. — Streitfallstafel. — Versammlungskalender. — Quittung. — Anzeigen. — Feuilleton: Fachgewerbliche Rundschau. — Wirtschaftliche Rundschau.

### Zur Arbeitslosenzählung.

#### Achtung!

Kollegen und Kolleginnen!

Bei der Angabe der Zahlbarter hat es nun ergeben, daß die eine Anzahl Mitglieder haben, die aus irgendwelcher Ursache nicht mehr in der Fabrik tätig sind.

Es betrifft das namenlich weibliche Mitglieder. Diese sind nach der Verheiratung bei dem Anwachsen der Familie erzwungen, die Arbeit vorübergehend aufzugeben. Über es treten auch Fälle ein, wo ein solches Mitglied, wenn es auch nicht selbst krank ist, wegen Krankheit eines anderen Familienmitgliedes eine Zeitlang die Arbeit aussuchen muss.

Alle diese Mitglieder müssen natürlich die Bühnentarten ausfüllen. Für sie kommt besonders die Frage in Betracht: „Waren Sie am 12. Juni arbeitslos?“

Diese Frage ist von den Mitgliedern, die aus den vorliegenden genannten oder ähnlichen Ursachen freiwillig die Arbeit aussetzen, folgendermaßen zu beantworten:

„freiwillig ausgezett.“

Wir bitten die Mitglieder, dies ganz besonders zu beachten und für eine gewissenhafte Beantwortung zu sorgen.

### Demokratie und Gerechtigkeit.

IV.

Der Egoismus, d. h. die Sucht, sich selbst zu rütteln, auf andere so gar keine oder nur sehr wenig Rücksicht zu nehmen, also ein streben, welches die Seele der heutigen Gesellschaftsordnung mit ihren ungerechten Einrichtungen genannt werden könnte, behauptet sich in dieser meist sehr hässlichen Form leider nicht nur bei den einzelnen Menschen, sondern wie finden ihn auch in ganzen Corporationen von Menschen. Auch die Arbeiterorganisationen sind von dieser Selbstsucht nicht frei. Wir haben in den vorigen Artikeln eingehend nachgewiesen, daß, trotzdem die Generalversammlungen unseres Verbandes gesetzliche Bestimmungen für den Verband festlegten, um dieser heute so vielfach grässlerenden Selbstsucht Ängste anzulegen, es noch sehr häufig vor kommt, daß einzelne Mitgliedsgruppen immer wieder den Versuch machen, ihren Eigennutz und ihre Selbstsucht auf Kosten der anderen Mitglieder zu befriedigen. Man nimmt dabei auf die Rechte der anderen Mitglieder keine Rücksicht. Die Sucht, vor allen Dingen das eigene Ich zu befriedigen, verleiht also diese Mitglieder, vermittelst der ihnen auftreffenden demokratischen Macht, die Gerechtigkeit, d. h. die anerkannten Rechte der anderen Mitglieder, zu verleihen.

Es ist das eine sehr betrübende Erscheinung, die allerdings ihre Erklärung findet in der durch die Selbstsucht der Ausbeuter der Arbeiterschaft erzeugten traurigen Lage der Arbeiter.

Die Arbeiter sind es in unserer heutigen Gesellschaftsordnung, auf deren Kosten die beständige Klasse, das Unternehmertum, die Selbstsucht befriedigt. Und mit welcher Unachtsamkeit dabei vorgegangen wird, na davon können doch gerade die Textilarbeiter nichts wissen.

Die egoistischen Ausbeuter der Textilarbeiter und -arbeiterinnen haben seit Weitem des Deutschen Reichs mit zu denen gehört, welche in dem Konzert der Schärmacher den Ton angaben und welche in neuerer Zeit durch ihre brutalen Aussperrungen die Gerechtigkeit geradezu fragwürdig machen.

Aber diese durch das Unternehmertum vorgenommene Strafverfolgung der Gerechtigkeit muß die deutsche Textilarbeiterchaft vergessen lassen. Die Verbesserung dieser Strafverfolgung

der Gerechtigkeit ist die Voraussetzung für die Beseitigung der traurigen Lage der Textilarbeiter. Es wäre aber eine Selbstläusche, der wir uns nicht schuldig machen dürfen, wenn wir nicht darauf hinweisen würden, daß die Verhinderung weiterer Strafverfolgungen der Gerechtigkeit, d. h. die Unsträfmauthaltung der Arbeiteraussperrungen, eine sehr schwere Arbeit sein wird. Aber diese Arbeit muß geleistet werden, das werden die Mitglieder aus den Vorgängen der Vergangenheit ersehen haben. Wenn dem aber so ist, dann ist es um so weniger angebracht, daß in den einzelnen Ortsverwaltungen des Verbandes, jene Spezies von Egoismus als bindende und treibende Kraft gepflegt wird, welche nur das eigene Ich befriedigen will. An der Unsträfmauthaltung der Unternehmerbrutalität ist die ganze Mitgliedschaft des Verbandes, gleichviel in welchem Teile Deutschlands die einzelnen Ortsverwaltungen dominieren, aufs allerlebsteste interessiert. Und es kann bei jedem einsichtigen Mitglied kein vornehmeres Ziel geben, wie das, diese Unternehmerbrutalität recht bald unschädlich zu machen. Wenn es erst gelungen ist, den Unternehmern bei ihren Aussperrungsmanövern sehr empfindliche Wunden zu schlagen, dann werden sie gar bald ein Haar in der Suppe finden. Sie werden nicht bei jeder Kleinigkeit den Aussperrungsstufel an die Wand malen, wenn sie wissen, daß in der Arbeitersorganisation die Gefahr besteht, daß ihnen dieser Aussperrungsstufel die Existenz vernichten oder sie sehr schwer schädigen kann. In einigen Berufen ist diese Kraftprobe schon durchgeföhrt worden, und in anderen wird sie eben durchgeföhrt. Die Organisation der Buchdrucker soll die ersten Schritte aus, als der Verband der Textilarbeiter erst gegründet wurde. Die Buchdruckergesellen gefüllten vorherhand nicht nach einem zweiten solchen Sieg, wie sie ihn Anfang der über Jahre errungen haben. Sie handeln heute und verständiglich auch mit den Arbeitern, anstatt mit ihnen zu kämpfen; und wenn es doch irgendwie zum Kampfe kommt, kann und die moralischen und finanziellen Mittel der Buchdruckerorganisation so groß, daß ein Sieg der Arbeiter nicht zweckhaft sein kann.

Ginen Entscheidungskampf, ein Kampf um Sein oder Nichtsein, haben soeben auch die organisierten Holzarbeiter durchgeföhrt und zwar siegeliß durchgeföhrt. Auch hier wollten die organisierten Unternehmer, die Macht des Holzarbeiterverbandes brechen, aber sie sind selbst dabei zu einem Sieg verhoben. Gewiß, es war ein heftes Ringen, viele Millionen an Arbeitslohn gingen verloren, den Holzarbeiterverband kostete es schwere Opfer, um den Kampf siegreich zu bestehen. Und wenn man, wie die Hirsch-Dundartschen Harmonie apostel, nur oberflächlich urteilt, dann könnte man wohl zu dem Ausspruch kommen, den die Vossische Zeitung tat, als der Kampf beendet war und der momentane materielle Erfolg betrachtet wurde. „Das Ergebnis ist läßlich!“ hauchte die brave Vossius und bewies damit nur, wie läufig, ja wie verständiglos sie bisher dem Wesen solcher Entscheidungskämpfe zwischen Kapital und Arbeit gegenübergestanden hatte. Der Holzarbeiterverband hatte gar nicht um materielle Bedingungen gekämpft, sondern um die Aufrechterhaltung seiner moralischen Macht, jener Macht, welche den organisierten Holzarbeitern das ihnen zwar gesetzlich gewährte, aber durch das Unternehmertum illusorisch gemacht Recht der Gleichberechtigung im Arbeitsverhältnis sichert und es ihnen dadurch ermöglicht, die Selbstsucht der Unternehmer, die Vergewaltigung der Rechte der Arbeiter einzufränen und zu bestätigen. Die organisierten Unternehmer wollten diese Macht der Arbeiter zertrümmern; sie haben, aber dank der Solidarität der Holzarbeiter von diesem Vorhaben erfolglos Abstand nehmen und obendrein noch materielle Zugeständnisse machen müssen. Waren diese Zugeständnisse auch vorherhand nicht groß, so werden sie doch bald größer werden, denn die Unternehmer haben nun die Wirkungen der Macht der organisierten Holzarbeiter zu spüren bekommen. Viele kleine Unternehmer sind darüber geschockt worden und andere stehen vor dem Bankrott, während die Grobbetriebe die Größtart der Angreife gegen sich anstreben. Alle diese Unternehmer werden sich hüten, eine zweite solche „Kraftprobe“ mit dem Holzarbeiterverbande zu unternehmen; sie werden die Organisation der Arbeiter anerkennen und den berechtigten Wünschen der Arbeiter unberechtigte Wünsche wird die Organisation nie deden — entgegenkommen müssen. Dann erst wird gesehen, was in diesen heilen Ringen gesetzt wurde.

Und warum konnte der Holzarbeiterverband diesen Angriff auf seine Existenz aus eigener Kraft siegreich abwehren? Nun deshalb, weil die einzelnen Ortsverwaltungen nicht in dem Egoismus, der Selbstsucht auf Kosten der anderen Mitglieder, aufgingen, sondern weil sie sich alle zu einer großen Familie gehörig betrachteten, und zwar auch einem Egoismus huldigten, aber nicht dem Egoismus auf Kosten der anderen Mitglieder, sondern dem Egoismus zum Wohle der gesamten Organisation. Die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes waren sich klar, daß der sarkale Angriff der Schärmacher auf ihre Kollegen in Berlin nicht nur diesen, sondern auch ihnen selbst augebracht war. Und sie empfanden deshalb, daß die Abwehr dieses Angriffes auf ihre Berliner Kollegen nicht nur Sach der Berliner Kollegen, sondern auch ihrer Sache sei, und sie rückten, die Niederlage der ausgelöschten Kollegen war auch ihre Niederlage. Ihr Sieg war auch ihr Sieg, und mithin forderten sie auch ihre persönliche Selbstsucht, ihren persönlichen Egoismus, wenn sie den Egoismus der einzelnen Ortsverwaltungen verteidigen.

Und man muß es rühmen, mit welchem Eifer, mit welcher Opferfreudigkeit sich die Mitglieder unter Hinteranstellung ihrer eigenen Wünsche in den Dienst der Gesamtheit stellten. Hier in diesem Kampfe war die erfreuliche Tatsache zu konstatieren, daß die Mitglieder einer Arbeiterorganisation selbst daran gingen, die Beiträge zu erhöhen. Man hatte aus Mitgliedsreisen den Vorstand der Holzarbeiter gedrängt, doch er gab träge aus zu schreiben. Er tat dies aber nicht, weil dies den Unternehmern nur Nut gemacht hätte; sie hätten geglaubt, der Verband habe keine Mittel mehr. Da gingen denn die einzelnen Ortsverwaltungen selbst daran, die Beiträge zu erhöhen. In einer einzigen Nummer der „Holzarbeiterzeitung“ publizierten nicht weniger wie 220 Mitgliedstellen einen Extrabeitrag von 5 Pf. bis 1,75 M. pro Woche, neben dem eigenlichen Verbandsbeitrag, der 50 Pf. pro Woche beträgt. Die in Berlin nicht von der Aussperrung betroffenen Mitglieder zahlten während der Aussperrung pro Woche einen Beitrag von 3 M.

Wir meinen, hieran sollten sich die Textilarbeiter einmal ein Beispiel nehmen.

Organisationen, welche so in der Sorge für die Gesamtheit verbunden sind, deren Mitglieder eine solche Opferfreudigkeit für die Gesamtheit an den Tag legen und damit, wie wir an dem Beispiel über den Erfolg der Holzarbeiteraussperrung gezeigt haben, am besten auch ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen fördern — wir sagen, solche Organisationen sind erst das, was sie sein sollen, nämlich eine Schule und Trübekehr der Arbeiter.

Wie kleinlich und wie läufig ist es dagegen, wenn in einer Organisation jener niedrige Egoismus herrscht, das Streben, nur sich selbst zu befriedigen, ohne sich dazu des Mittels der Gesamtheit zu bedienen und dadurch die gesamte Organisation in ebensovielen Teile zerstört wird, wie Ortsverwaltungen bestehen. Ein solches Zustand mag heraus aus der Organisation. Die Mitglieder der Organisation hat in allererster Linie das Band der gemeinsamen Interessen zu umschlingen. Diese gemeinsamen Interessen liegen vorerst, wie wir gezeigt haben, vor allem in der Abwehr und in der Unsträfmauthaltung der brutalen Machtmittel der Unternehmer. Erst in zweiter Linie kommt das Streben der Mitglieder der einzelnen Orte, Einzelkämpfe zu führen.

Wenn das Haus in Gefahr ist, niedergebrannt zu werden, dann sieht man sich nicht hinein und baut es aus, sondern man geht heraus und nimmt den Brandstifter beim Kragen, um ihn ungeschädlich zu machen.

Dieser Tatfrage muß der Vorstand des Verbandes und dieser Tatfrage müssen auch die Mitglieder Rechnung tragen.

Und wir können es ruhig aussprechen: dieser Tatfrage ist bisher von beiden Seiten viel zu wenig Rechnung getragen worden. Das hat nicht im Interesse der Mitglieder gelegen. Im Interesse der Mitglieder, gleichviel in welchem Orte sie wohnen — alle sind von den Schärmachern bedroht —, im Interesse der Mitglieder liegt es, daß dieser Tatfrage weit mehr Beachtung geschenkt wird, daß man vor allen Dingen darauf achtet, daß die Aktionsfähigkeit der Organisation bedeutend gesteigert wird; daß Ausgaben, die nicht unbedingt sein müssen — und dabei meinen wir Ausgaben für unsichere Kämpfe — vorerst nicht gemacht werden, auch wenn einmal eine Mitgliederguppe vorerst das nicht durchsehen kann, was sie durchsehen möchte. Alle diese Mitgliedsgruppen müssen bedenken, daß sie eine momentane Schwäche der Gesamtorganisation und damit aber auch eine Gefährdung ihrer eigenen Existenz bewirken, wenn sie zur Zeit darauf beharrn, den Kampf zu beginnen. Das Verlangen auf Bevollmächtigung von Mitteln zur Führung eines solchen Kampfes ist im jetzigen Zeitpunkt, wo möglichst viel Mittel aufgesammelt werden müssen, der Ausfluss jener Selbstsucht, die auf Kosten der Gesamtheit Eigennutz treibt. Daß sich aber die Mitglieder durch eine Bevollmächtigung dieser Selbstsucht jetzt selbst schädigen, das brauchen wir nicht mehr besonders zu sagen.

Der Vorstand des Verbandes handelt also sehr im Interesse der Mitglieder, wenn er danach strebt, auf diese Weise die Aktionskraft der Organisation zu erhöhen.

Wie wenig Verständnis ihm dabei bisher entgegen gebracht wurde, wie die demokratischen Einrichtungen missbraucht wurden, um an der Stelle der Gerechtigkeit die Ungerechtigkeit zu etablieren, das werden wir noch zeigen.

### Der Esel in der Löwenhaut.

Lobenswert ist es, daß die Worschung dafür Sorge getroffen hat, daß es in unserer so ernsten Zeitspanne nicht an Einrichtungen mangelt, deren Komit dazu beitragen, die angepaarten Menschen wieder etwas elastischer zu machen, an Stelle des ernsten Schwanks den Humor der Unterhaltung treten zu lassen. Dabei tut es unserem Empfinden keinen Abbruch, ob diese Komit der angeborenen Dummkopf entspringt, oder ob sie durch ein wohlgeplantes Training vorbereitet wurde. Ist das erstere der Fall, entspringt die Komit der angeborenen Dummkopf, dann nennt man sie Tragikomie.

Zum leichteren Verständnis wollen wir das an zwei Beispielen ver gegenwärtigen.

Wenn z. B. in der Rizuzarena der „humor Klug“ bei seinem, einem fortwährenden Training entstehenden plumpen Nachahmungen dessen, was sie eben abgespielt hat, ja häufig schon



## Das natürliche Verhältnis des Kapitals zur Arbeit.

Das Kapital hat stets eine feine Ritterung für alles gehabt, was seinen Zwecken dienstbar gemacht werden konnte. Seine Tendenz ist und war stets, aus der Arbeit der Reichskapitalisten, der zur Arbeit durch die Not Gezwungenen, sobald Gewinn wie nur möglich herauszuholen. Es stützt sich dabei weniger auf sozialwirtschaftlich Erkenntnis als auf unbestimmte Annahmen. Doch das allen Seiten handlungen geht sein Bemühen her vor, die Arbeit für sich so nutzbringend wie nur immer möglich zu gestalten; nur äußerst selten läßt sein Handeln erkennen, daß es die Arbeit zu befriedigen sucht, um dadurch nicht nur sich selber, sondern auch dem die Arbeit Ausübenden Vorteile zu gewähren. Wo das letztere geschah, gehabt es meist gegen seinen Willen und seine Absicht.

Doch das Kapital die Arbeit lediglich als milchende Kuh für sich betrachtet, nicht auch für den die Arbeit Ausübenden, das geht nicht allein aus seiner Stellung zu Lohnforderungen der Arbeiter, die fast stets eine ablehnende ist, hervor, sondern auch aus seiner Haltung, die es früher zur Arbeitszeitverkürzung einnahm und noch einnimmt. Zunächst bekämpfte es diese Forderung mit dem Hinweise darauf, daß die Arbeitsprodukte in dem Maße der Arbeitszeitverkürzung teurer werden müßten, wodurch, wenn dies nicht in allen Ländern gleichmäßig und gleichzeitig geschehe, die Konkurrenzfähigkeit der Betriebsen leiden müßte. Als sich später zeigte, daß eine mäßige Arbeitszeitverkürzung gar nicht die auf kapitalistischer Seite befürchtete und auf Arbeiterseite erhoffte Wirkung habe, als zum Zweck der Verringerung der Lagerbestände durchgeführte Arbeitszeitverkürzungen statt Verringerung der Produktion Steigerung derselben brachten, wodurch die früheren Produktionen über den Haufen geworfen wurden, blieb das Kapital dennoch fast ausschließlich Gegner der Arbeitszeitverkürzung. Es fühlt eben instinktiv, daß es nicht zu seinem Nutzen sein kann, wenn die Arbeiter über eine längere Freizeit verfügen, auch wenn dadurch sein Gewinn jeweils nicht geschmälert wird. So war hat sich ja — auch in der Textilindustrie, wo das Kapital sich bisher am entschiedensten gegen Arbeitszeitverkürzung und namentlich gegen gesetzliche Fixierung einer solchen sträubte (wir brauchen wohl nur an die Bemühungen der Unternehmer zu erinnern, den von der Reichsregierung geplanten gesetzlichen Beinhunderttag für die Frauen zu hinterziehen) — die Forderung der Arbeitszeitverkürzung mit der Zeit dahin gebrochen, doch ist das weniger der Einstieg der Kapitalisten als dem Drängen der Arbeiterorganisationen geschuldet. Wie Kollege Jädel in Nr. 33 der „Neuen Zeit“ in einem Aufsatz: „Die Textilarbeiterbewegung und der Beinhunderttag“ behauptet — jedenfalls auf Grund unanfechtbaren Materials —, haben die Textilarbeiter Deutschlands in ihrer Mehrheit heute schon den Beinhunderttag. Sie haben ihn aber natürlich nicht, weil er ihnen nottat, sondern weil die Unternehmer durch irgendwelche Umstände gezwungen wurden, ihn zu bewilligen. Und wenn dieser Drang nicht vorhanden gewesen wäre, die Unternehmer aber überzeugt gewesen wären, daß ihnen eine mäßige Arbeitszeitverkürzung keinen Schaden bringen könnte, würden sie dieselbe nicht gewährt haben.

Warum nicht? Nun, weil ihr Interesse am Profit kein zeitlich begrenztes, sondern ein immerwährendes ist; was ihnen jetzt keinen Nutzen bringt, kann ihnen später vielleicht folchen bringen. Längere Freizeit gibt dem Arbeiter mehr Kraft zu wirtschaftlicher Kampfführung, deren Ergebnis doch Lohnneröderungen sein könnten, die das Kapitalinteresse unangenehm berührten könnten. Für die Kapitalvermehrung sind aber gar zu kampffähige Arbeiter ebenso hinderlich, wie gar zu kampfunfähig. Kampffähigkeit fehlt Willenskraft vorzusetzen. Eines guten Teils von dieser Eigenschaft bedarf zwar der Arbeiter, um dem Kapitalisten die von diesem gewünschte Menge Mehrwert produzieren zu können; die Mehrwertproduktion könnte aber leiden, wenn die Willenskraft das zur Mehrwertserzeugung notwendige Maß übersteigt und der überquellende Teil sich in Kampfgeist umsetzt, immer weitere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen durchsetzt, deren Kosten zum Teil das Kapital übernehmen müßte. Das Kapital kann als Arbeiter nicht mehr ganz dumme Kerle brauchen — die Arbeit erfordert oft rasches Handeln, also einen hohen Grad von Selbstbehauptung und Entschlossenheit, Eigenschaften, die bei der Arbeit möglichst verbraucht werden müssen, wenn der Arbeiter sie nicht nur für, sondern auch gegen das Kapital anwenden soll. Es liegt also im Interesse des Kapitals, daß der Arbeiter die durch Nahrung und Ruhe gewonnene Energie im Produktionsprozeß verbraucht und daß nichts davon übrig bleibt für den Kampf um noch bessere Arbeitsbedingungen. Besonderes Interesse hat das Kapital daran, daß, wenn es diesen Kampf der Arbeiter nicht ganz verhindern kann, derselbe wenigstens nicht so weit aussetze, daß einzelne durch ihn vielleicht aus der Masse des Proletariats auf eine höhere soziale Stufe emporgehoben werden; wenn es schon eine mäßige Verringerung der Profitrate nicht verhindern kann — was es natürlich, wie schon gesagt, ja gern möchte —, so will es wenigstens eine Verringerung der Proletarierzahl verhindern, eine Verringerung der Zahl derer, als

deren soziale Bestimmung es ansieht, daß sie ihr Leben lang als Mehnerwerbzünger für die Mehrwertshöherer tätig zu sein haben. Die bestehende kapitalistische Wirtschaftsordnung hat das Vorhandensein unbemittelter Volksmassen als Lohnarbeiter zur Vorausehung, und ihr ganzes Wesen bedingt daher, diese notwendige Vorausehung immer aufrecht zu erhalten. Wenn alle besitzend und vermögend wären, wer würde dann als Lohnarbeiter gehen? Ergo ist und wird der Arbeitslohn immer auf einem Niveau gehalten, daß er vor dem Verhungern schützt, aber auch die Bildung von Besitz und Vermögen ausgleicht. Das bekannte Sprichwort: „Zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben“ ist auf den Arbeitslohn günstig.

Das ist kapitalistische Profilpolitik, die alle Unternehmer praktizieren, auch wenn ihnen die Theorie derselben niemand gelebt hat. Es besteht aber eine solche Theorie, und sie bestand schon, ehe der moderne Kapitalismus auf die Bühne trat, sie ist ihm sogenannten vorausgelegt.

So sagt der englische Nationalökonom Adam Smith: „Die Meister stehen stets und überall in einer Art stillschweigender, aber fortwährender und gleichförmiger Vereinigung, den Arbeitslohn nicht über seinen dermaligen Satz steigen zu lassen.“

Der Franzose Verney de Mandeville schreibt schon im Anfang des 18. Jahrhunderts: „Was das Eigentum hinreichend geschürt ist, wäre es leichter, ohne Geld zu leben als ohne Arme, denn wer würde die Arbeit tun? ... Wie die Arbeiter vor Aushungierung zu bewahren sind, so sollten sie nichts erhalten, was der Erfahrungswert ist. Wenn sie hier oder da einer aus der untersten Klasse durch ungewöhnlichen Fleiß und Vaudevilles sich über die Lage erhebt, worin er aufgewachsen war, so muß ihm keiner daran hindern; ja es ist unlegitim der weise Plan für jede Privatperson, für jede Privatfamilie in der Gesellschaft, frugal (genügend) zu sein; aber es ist das Interesse aller reichen Nationen, daß der größte Teil der Armen nie untätig sei und sie dennoch stets verausgaben, was sie einnehmen. . . Diejenigen, die ihr Leben durch ihre tägliche Arbeit gewinnen, haben nichts, was sie anstachelt, dienstlich zu sein außer ihren Bedürfnissen, welche es Mühe ist, zu lindern, aber Narrenheit wäre, zu fürchten. Das einzige Ding, das den arbeitenden Mann leicht machen kann, ist ein mäßiger (d. h. niedriger oder schlechter) Arbeitslohn. Ein zu geringer macht ihn je nach seinem Temperament steinmüllig oder verweilt, ein zu großer indolent und faul. Aus dem bisher Entwickelten folgt, daß in einer freien Nation, wo Sklaven nicht erlaubt sind, der sicherste Reichtum zu einer Menge arbeitsamer Männer besteht. Außerdem ist sie die meistverdiente Zuflucht für Flotte und Armee; ohne sie gäbe es keinen Gewinn und wäre das Produkt seines Landes verwertbar. Um die Gesellschaft (die natürlich aus den Nichtarbeitern besteht) glücklich und das Volk selbst in kümmerlichen Zuständen zu frieden zu machen, ist es nötig, die große Majorität sowohl und unwillig als arm bleibt. Kenntnis erweitert und verbreitacht unsere Wünsche, und je weniger ein Mann wünscht, desto leichter können seine Bedürfnisse befriedigt werden.“

Solche theoretischen Grundsätze mögen nur wenige Kapitalisten mit vollem Bewußtsein befolgen; aber das Handeln aller oder doch fast aller zeugt davon, daß sie etwas ähnliches fühlen und nach diesem ihrem Gefühl handeln. Die Wirkung ist in diesem Fall für den Arbeiter dieselbe.

Wird es der bürgerlichen Sozialpolitik je gelingen, ihnen andere Gefühle hinzuzubringen oder gar andere Theorien einzuprägen? Wird die christliche Philanthropie dazu imstande sein? Werden sich die Kapitalisten jemals einreden lassen, daß es zwischen ihnen und ihren Arbeitern eine Interessengemeinschaft gibt, die es ihnen zur Pflicht macht, die willigen Wünsche der Arbeiter zu berücksichtigen?

Was jetzt hat es diesen Anschein nicht. Alle grauen, schwarzen und gelben Arbeiterorganisationen hat sich das Kapital zwar ruhig gefallen lassen als Mittel zur Unterdrückung der Forderungen des klassenbewußten Proletariats, nicht aber als Mittel zur Versöhnung zwischen ihm und der Arbeiterschaft; es gewährt deren Mitgliedern freiwillig ebenso wenig, wie den der kampfstärkeren Gewerkschaften, oder höchstens doch zum Zweck der Bekämpfung dieser. Wenn sie aber ob solcher Behandlung murren — was ja auch schon geschehen ist —, dann ist es sofort mit der „Harmonie“ aus. Das Leben des Kapitals erheischt eben, daß ihm jedes Befindnis in ernstem Kampfe abgerungen werden muß. Es selbst befindet sich in stetem Ringen mit seiner Konkurrenz und verdankt sein Dasein in fast jedem einzigen Fall solchem Ringen. Aus ihm ist es geboren, in ihm ist und mehrt es seine Kraft. Und es sollte anderen freiwillig — ohne durch Kampf dazu gezwungen zu sein — davon abtreten? Es wird das nur tun, um den sonst unabwendlichen Kampf zu verhindern; es wird es aber nicht tun, wenn es solchen Kampf nicht zu fürchten hat.

Deshalb können dem Arbeiter nur Kampforganisationen helfen, wie z. B. der Deutsche Textilarbeiterverband, der zwar heute leider auch noch manchem Kampf ausweichen muß,

aber stets nur aus der Not eine Tugend macht, ein solches, durch den Zwang der Verhältnisse bedingtes Verhalten aber niemals zum Prinzip erheben wird, wie es seine Konkurrenzorganisationen für sich tun möchten.

## Berufskrankheiten.

Das Kapitel der sogenannten Berufskrankheiten, d. h. jener Krankheiten, von welchen Arbeiter verschiedener Berufe aus Ursachen, welche mit der Eigenart der Beschäftigung in jenen Berufen zusammenhängen, befallen werden, eröffnet eine immer größere Bereicherung.

Auch die Textilindustrie stellt zu diesem Kapitel ein nicht unbedeutliches Kontingent. Neben Rheumatismus, von dem besonders die Färberei- und Appreturarbeiter heimisch getragen werden, sind es vornehmlich Erkrankungen der Atmungsorgane, Erkrankungen der Weine, namentlich bei Frauen, und ferner die sogenannten Fratzenkrankheiten oder wenigstens ein Teil der letzteren, welche auf die in den verschiedenen Zweigen der Textilindustrie vorhandenen Eigenart der Betriebe zurückzuführen sind. Diese Krankheiten, je nachdem wie sie begünstigt werden, führen in der Regel früher oder später zu vollständiger Erwerbsunfähigkeit der betreffenden Arbeiter. Daraus aber ist zu erschließen, welche große Bedeutung diese Frage für die Arbeiter hat. Diese große Bedeutung ist nicht nur in Betracht zu ziehen bei der Entstehung dieser Krankheiten, sondern auch in Bezug auf die Folgen, welche sie für die Arbeiter haben, wenn infolge einer Berufskrankheit Erwerbsunfähigkeit eintritt.

Es braucht natürlich nicht erst besonders hervorgehoben zu werden, daß sich diese Krankheiten zu einem großen Teile verbüren ließen, wenn man die Arbeitsträume und sonstigen Arbeitsverhältnisse den hygienischen, die Gesundheit schützenden Einrichtungen entsprechend gestalten würde. Aber gerade hier fehlt es, und die Arbeiter tun in der Regel auch zu wenig, um auf die Beseitigung der vorhandenen Mängel zu drängen. In den Fabrikarbeiten gibt es häufig Arbeitsräume, die so dunkel sind, daß den ganzen Tag das Licht brennen muß. Dazu kommt nun der Dampf, für den es in der Regel keinen anderen Abzugsslange gibt, wie die Türen und Fenster. Arbeiter in solchen Räumen müssen ihre Schärfe vorzeitig einbüßen, wenn sie fortwährend bei ungenügender Beleuchtung arbeiten müssen. Dieser Verluststand wäre zu beseitigen, wenn man einen geräumigen, mit großen Fenstern versehenen Arbeitsraum mit Dampfabzugsschächten bauen würde. Das Deffen der Türen und Fenster zu dem Zwecke, die Dampfschwaden zu bejettigen, trägt nur dazu bei, der Verbreitung rheumatischer Krankheiten Vorstoß zu leisten. Die Arbeiter sind von dem Dampf und ihrem Schweiss in der Regel durchdröhnt. Vielfach ist auch der Fußboden schlecht. An Stelle von Gummiböden hat man Ziegel- oder Steinplatten gelegt. Diese ist mit der Zeit uneben geworden. In den tieferen Stellen sammelt sich das Wasser an und die Arbeiter müssen fortwährend durch diese Wasserpütten laufen. Das soll der Unternehmer tausendmal sehen, in der Regel wird nichts daran geändert; denn das schmäler ist ja den Profit. Mag der Arbeiter nur ruhig durch die Wasserpütten laufen, mag er sich schon in den ersten Arbeitsstunden bis auf die Haut durchnässe und dann bei offener Tür und offenem Fenster in der Zugluft stehen, das röhrt den Unternehmer nicht, wenn nur das Trottoir bei seiner Villa nach der Wasserstraße geblieben ist, damit sich der gnädige Herr oder die Frau Gemahlin nicht etwa den Fuß vertreten, wenn sie spazieren gehen. Ob der Arbeiter bei der geschilderten Arbeitsweise vom Rheumatismus zur Strede gebracht wird oder nicht, diese Frage interessiert ihn wenig. Wird der Arbeiter krank und erwerbsunfähig, so ist er zwar durch die Mithilfe in dem Betriebe um seine Erwerbsfähigkeit gekommen, aber den Unternehmer geht das nichts an. Das ist eben eine Berufskrankheit. Der Arbeiter kann sich glücklich schätzen, auf diese Weise zum Reichsinvalidenrentner geworden zu sein. Ist einer hin, kommt ein anderer an dessen Stelle, und so geht das fort. Die Arbeiter sind natürlich auch mit schuld daran, daß wir solche Zustände zu verzeihen haben. In fast allen Färbereien und Appreturanstalten findet man solche hygienische Mißstände; aber gerade die Färbereiarbeiter sind in der Regel am schlechtesten organisiert. Waren diese Arbeiter besser organisiert, diese hygienischen Mißstände würden gar bald beseitigt sein, denn es gibt keine andere Branche in unserem Berufe, welche so viele und vielfältige Präventionsmittel zur Verfügung hat, um die Unternehmer humaner zu stimmen, wie dies in der Branche der Färberei und Appretur der Fall ist. Und die Organisation kann da oft sehr segensreich wirken. Die Mißstände, wie wir sie hier im Auge haben, sind häufig so trist, daß sie sich der Öffentlichkeit gegenüber gar nicht verantworten lassen.

Wir wollen nur an einem Falle zeigen, wie bald man solche Mißstände beseitigt, wenn man weiß, daß die Organisation dahinter steht. In einer größeren Färberei war auch der Fußboden in einer Verfaßung, wie wir das oben geschildert haben. Seit zwei Jahren hatien die Arbeiter einzeln um Abstellung des Ueber-

nicht allzu viel verschütt. Die Fleischer halten im Detailverlauf die Preise weiter hoch, so daß selbst liberale Blätter anfangen, die Sülze der kommunalen Verwaltungen anzurufen. So schreibt die bürgerlich-demokratische Frankfurter Zeitung, nachdem auch das „Berl. Tagebl.“ ähnlich geäußert hatte: „Man ist auf diesem Gebiet nicht mehr ohne Erfahrung. Schon früher ist hier und da verucht worden, durch kommunale Maßnahmen regulierend auf die Fleischpreisbildung einzutwirken. Man hat städtische Kommissionäre eingestellt, deren Aufgabe es war, alles Fleisch, das ihnen zur Verfügung gestellt wurde, in Fleischmarkthallen gegen eine bestimmte Provision an die Konsumente zu verkaufen. Der Gedanke, der dieser Einrichtung zugrunde liegt, ist durchaus gesund und entwicklungsfähig; er bedarf nur einer geschickten Durchführung. . . Es wird notwendig sein, daß in dieser Richtung endlich einmal Versuche größerer Stils unternommen werden.“

Im Augenblick, falls das Getreide dauernd im Kreise hockt, bleibt sollte, würde demnach die Arbeiterklasse doppelt gezeichnet werden — noch dazu ohne besondere Vorteile, wenigstens bis zur neuen Ernte, für die landwirtschaftliche Bevölkerung, denn das Getreide vorjähriger Ernte dürfte sich nur noch in verhältnismäßig geringen Beiträgen in der ersten Hand, beim Landwirt selber, befinden.

Der Börse im allgemeinen war die Erringung auf dem internationalen Getreidemarkt, gleichfalls nicht willkommen. Bei ihrer Schwäche und ihrem Erholungsbedürfnis braucht sie vor allem eine gewisse Ruhe der Entwicklung. Außerdem würde der erhöhte Aufwand der Bevölkerung für Lebensmittel unabhängig die Massenauflaufkraft für industrielle Waren und damit den Industrieabsatz einengen, und nach dieser Richtung ist man sowieso schon für die Zukunft nicht mehr besonders vertrauensfertig.

Zimmerhin hält sich die Linie der Konjunktur noch immer ungefähr auf alter Höhe. Verübersichtigt man z. B. bei den auf den ersten Blick ungünstiger erscheinenden Güten im Transport, so fällt p. o. April, doch im Vorjahr das Osterfest mit seinem außerordentlichen Personenverkehr auf den 16. April, in diesem Jahre jedoch auf den 31. März, so ergibt sich in der preußischen, hessischen Gemeinschaft sowohl in der Personen- wie in der Güterkonjunktur noch immer eine gewisse Erholung. Bei der Beförderung eine weitere namhafte Einnahmefestigung, bei dem Güterverkehr um 11,6 Millionen Mark, gleich 12,97 Proz. In der Gedächtnisverfassung des rheinisch-westfälischen Kohlenverbands gab der Vorstand am 16. Mai bekannt, daß der Brennstoffbedarf für Industriezwecke seinerzeit Abschöpfung befürchtet. Vor allem sei der Verbrauch der Eisenindustrie anhaltend zuviel stark. Die Leitung des Stahlwerksverbandes teilte ebenfalls der Presse mit, daß die Gerüchte über den Kaufpreis der Eisenindustrie einleiten. So hat der Konsum von der bisherigen Nachverbilligung noch

die Abschlüsse in Formen zeitig im Inlande nicht so groß wie zur gleichen Zeit in anderen Jahren seien, so liege dies daran, daß die Frage der Händlervereinigungen noch nicht im einzelnen geregelt sei. Im Auslande sei die Nachfrage sehr gut, der Verband im April an Produkten A beträgt 482 000 Tonnen, und dieser würde noch größer gewesen sein, wenn die Werke mehr hätten liefern können. An Aufträgen und Spezifikationen fehle es nicht. Das preußische Eisenbahministerium, das 1904 nach der Verbandsgründung sofort eine umfassende Vereinbarung wegen der Lieferung von Eisenbahnerbaumaterialien bis zum 31. März 1907 abgeschlossen, hat bereits neue Verhandlungen begonnen, bei denen eine erhöhte Jahresmenge von Bestellungen („jährlichlich 800 000 Tonnen“) angenommen wird. Die Verhandlungen von 1904 fielen in den Beginn der jetzigen Aufschwungsperiode; der Verband erhält deshalb einen Grundpreis von 105 M. für Schwellen, von 112 M. für Schienen. Diesmal schreibt er mehr die augenblicklich herrschenden Höchsttarifpreise zur mehrjährigen Norm machen zu wollen, was hoffentlich die Staatsbahnleitung energisch ablehnt. Bis zum 31. März 1908 hat übrigens das preußische Ministerium für öffentliche Arbeiten nicht weniger wie 28 502 Güterwagen in Bestellung gegeben. Darunter eine ganze Anzahl von Spezialwagen, wie sie verschiedene Gewerbezweige mehr und mehr brauchen (Fischtransportswagen, Kalkwagen, Kohlenrichterwagen und so weiter), ferner Fahrzeuge von viel größerem Umfang, wie die sechsachsigen Plattformwagen zu 45 und 60 Tonnen (45 000 und 48 000 Kilo) Ladegewicht. Ein je größerer Auftraggeber der Stadt ist, desto energetischer kann er das allgemeine Finanzinteresse gegen Übersteuerungsversuche wahren — wenn er will.

Auch im Ausland ist im großen und ganzen das Bild ein unverändert günstiges geblieben. Das englische Arbeitsamt bejaht soeben für Ende April (bei 278 berichteten Gewerbschaften mit 619 891 Mitgliedern) die Arbeitslosen auf 3,8 Proz. gegen 3,8 Proz. Ende März 1907, und 8,7 Proz. Ende April des Vorjahrs 1906. Die Lohnsteigerungen überwogen im April. In den Metallgewerben, im Maschinen- und Schiffbau, in den Textilindustrien war durchgängig Aufschwung, dazu kam die allgemeine Belebung im Bauwesen und in der Montierung; nur für den Buchdruck und die Buchbinderei wird ein leichter Rückgang vermerkt.

In Mexiko hängt, von sehr und noch heute, ungeheuer viel vom Ernteaussall ab. Man wird hier sehr bald merken, wie weit die interessierten Parteien an den Hausspekulanten an den Börse sitzen sich mit der entscheidenden Wirklichkeit in Einstellung befinden.

Berlin, 18. Mai 1907

Mag. Schippel

standes gebeten. Einmal war aber ein Hindernis vorhanden. Einmal war kein Material, dann waren wieder keine Arbeiter vorhanden zur Anlieferung von Kieswegen usw. im Ziergarten, da war natürlich beides vorhanden. Schließlich ging den Arbeitern doch die Geduld aus. Einige von ihnen waren inzwischen zur Strecke gebracht worden und anderen drohte dasselbe Schicksal. Nun ging man wieder an den Unternehmer heran und verlangte in entschärferem Tone, daß nun endlich der Uehelstand befehligt werde. Der „menschenfeindliche“ Unternehmer aber sagte: Na, wenn es in meiner Fabrik nicht mehr geht, der kann ja gehen, und ihr — dann meint er die dreigliedrige Kommission der Arbeiter — die kann gleich geben. Natürlich passte es seinem Arbeiter meist in seiner Firma, und als sie hörten, was los war, erklärten sie sich sofort mit den Gewerbegegenen einverstanden und benadrichtigten die Organisationsleitung. Diese rief eine Betriebsversammlung ein, und die letztere beschloß, daß sofort die Arbeit niedergelegt werde, wenn die Ausbeutung nicht wieder zurückzuführen werde und eine Ausbeutung des Kapitalisten erfolge. Das half! Schon nachdem die Einladungszeitel mit der Tagessordnung vertreten waren, hatte der Herr Chef sich eines anderen besonnen. Er ließ nämlich jedem Arbeiter ein paar Hammertreppen anhängen, damit sie sich dieselben über die Hosentaschen stellten. Auch versprach er die sofortige Aufbesserung, nur von der Wiedereinstellung der drei Gewerbegegenen wollte er nichts wissen. Da half aber auch diese Bittern für den Frost; die Arbeiter blieben nach der Versammlung fest, und da ihm im Hause eins Streiks mehr wie 3000 Stück Ware verdröhnen waren, so wurde sein harter Kopf weich und er stellte die drei wieder ein, bezahlte ihnen auch den für einen Tag verloren gegangenen Arbeitslohn.

So könnte es in vielen Fällen gehen, wenn sich die Arbeiter der Färbereien und Appreturanstalten besser organisieren und treue Kameradschaft führen würden.

Die Berufskrankheiten, von denen wir in späteren Artikeln noch einige berichten werden, bergen für die Arbeiter eine sehr große Gefahr in sich. Als Unfall wird so eine Berufskrankheit nicht angesehen, obwohl die Folgen doch genau dieselben sind. Der Arbeiter, welcher also nicht darauf achtet, daß er unter gefunden Arbeitsverhältnissen arbeitet, der sieht sich der Gefahr aus, seine Arbeitskraft frühzeitig zu verlieren, ohne eine Entschädigung dafür zu bekommen. Hier kann die Organisation leicht sehr Gutes bewirken.

## Soziale Gegensätze oder die Lage der Textilarbeiter in Augsburg.

Unter diesem Titel hat der deutsche Textilarbeiterverband ein 12 Seiten starkes Schriftchen herausgegeben, das seinem Titel alle Ehre macht.

Augsburg war ehemals berühmt durch sein Gewerbe und seine Kunst. Besonders bekannt waren die mächtigen Tüpfel, deren mächtigster eine die Weberkunst war. Im Jahre 1468 zählte sie bereits 748 Weißler, im Jahre 1600 zielte 2000 Weißler mit 3500 Gesellen, überhaupt 11.000 in der Weberkunst beschäftigte Personen, welche auf 3670 Webstühlen jährlich nahezu ½ Million Stück Leinwand fertigten. Die Leinenweber brachte auch die Entwicklung von Fleißereien, Färbereien und Handdruckereien mit sich. Augsburg hatte seinen Höhepunkt erreicht. Mit dem dreißigjährigen Kriege ging es infolge der politischen, wirtschaftlichen und religiösen Streitigkeiten immer mehr bergab. Die neuzeitliche Entwicklung datiert erst seit noch nicht ganz 100 Jahren. Heute ist Augsburg infolge seiner großen Industrie weit und breit bekannt geworden. Die kapitalistischen Unternehmer verstanden es sehr gut, aus dem Profit, den gering entlohnte Arbeiter schaffen, ihr Kapital zu vermehren, ja zu vervielfältigen. Insbesondere war es die Textilindustrie, die viele Milliarden hervorbrachte. Die Fabriken wuchsen, die Männer vermehrten sich. Die Kapitalisten wuchsen, Arbeiter werden massenhaft angehäuft, damit die Industrie in kommenden Jahren nicht hungeren müssen. Es entstehen mächtige Paläste und prächtige Villen, dazu in der Umgebung an den schönen Plätzen großartige Schlösser zum Sommeraufenthalt. Bei Fürstens- und Prinzessinnenprägungen, bei Geburts- und Namensfesten nationaler Potentaten wird der Glanz und Reichtum des Geldprunkes gezeigt. Die prächtigsten Gefäße, galonierte Diner und reiche Toiletten, deren eine allein für einen Arbeiter ein Vermögen darstellen würde, kann man sehen. Sie werden festgelagert und gelebt und geschwelgt, wie selbst früher nicht in den glänzendsten Salons, wo die Bracht, der Glanz und Reichtum Augsburgs prachtvoll war. Alles dies wird bezahlt aus den Riesenprofiten, die hauptsächlich die Textilindustrie abwirkt.

Nur und Eßend unter der Textilarbeiterchaft bilden die Mehrheit der Weißlände.

Der leichte Bericht der Textilarbeitergenossenschaften weist für Süddeutschland seit 1901 eine geringere Steigerung der Löhne auf als für Schlesien. Aus nachfolgender Aufstellung der Durchschnittslohnsummen eines Arbeiters in den sechs Verkehrsgegenossenschaften für die Textilindustrie ist ja zu erkennen, daß Süddeutschland im Punkte niedriger Löhne gleich neben Schlesien rangiert:

	Steigerung in in Mark Prozenten	
	1901	1905
Norddeutschland . . . . .	694,58	744,14
Süddeutschland . . . . .	633,29	657,82
Schlesien . . . . .	503,22	535,73
Elsass-Lothringen . . . . .	682,48	702,56
Rheinland-Westfalen . . . . .	706,11	821,12
Königreich Sachsen . . . . .	655,08	683,22

Die Gesamtbewohnerhaltung der Arbeiter ist seit dem Jahre 1901 ganz gewaltig gesunken. So sank der Fleischgenuss pro Kopf von 78,1 Kilogramm im Jahre 1901 auf 68,8 Kilogramm im Jahre 1905; dies ist insgesamt bei einer Bevölkerungszahl von 96 158 pro Jahrtausend eines Arbeiters in den sechs Verkehrsgegenossenschaften für die Textilindustrie ja zu erkennen, daß Süddeutschland im Punkte niedriger Löhne gleich neben Schlesien rangiert:

Granthausen und Sterblichkeit fanden große Ausbreitung. Die Zahl der Hungertoten steht in oberster Reihe. 40,6 Proz. aller Gestorbenen sind Kinder unter 5 Jahren. Das ist die Kindersterblichkeit, von der unser unvergleichbar Vorfahrt Bassalle spricht: Wenn Ihnen (den Arbeitern) Ihre Kinder sterben, so ist das kein Aufall; es ist ein eisernes statistisches Gesetz, vorzuhängen in Ihrer schlechten Lage.

Dass gerade Arbeiterviertel es sind, wo die Mortalität am größten ist, zeigt die Vorstadt links der Westbach, ein fast reines Arbeiterviertel. Auf 1000 Einwohner treffen hier 27,8 Todesfälle, während auf die Vorstadt Lechhausen nur 8,2 bis 18,4 Todesfälle treffen. Die Nachbarstadt Lechhausen weist aber noch ganz andere Ziffern auf. In dieser Stadt wohnen, mit Ausnahme weniger Colonien und Geschäftsläden, fast nur Arbeiter, die in den Augsburger Fabriken beschäftigt sind. Die Sterblichkeit bezieht sich dort auf 42,4 von 1000 Einwohnern.

Die Arbeitslosigkeit ist trotz des guten Geschäftsganges in Augsburg so groß, daß selbst im Sommer nur schwer Arbeit zu erhalten ist. Im Herbst und im Frühjahr, ganz abgesehen vom Winter, stehen oft fast jeden Tag 30-40 Arbeiter vor den Toren der Fabriken, um anzufragen, ob Arbeit zu bekommen ist. In der Weiberkunst am Ziegelbach erwartete jüngst eine alleinstehende Frau bei ihren Nebenarbeiterinnen Brodt, um ihren Hunger stillen zu können. Ihr Lohn war so gering, daß sie nicht leben konnte. Die Arbeiterinnen, die, obwohl sie selbst unter den erbärmlichen Löhnen zu leben haben, helfen zu gut sie konnten. Wie viele solche Endsszenen mögen sich aber ohne Zeugen abspielen! Wo das Hungergefühl nicht gar zu schmerzlich auftritt, wird es aus falscher Egoismus natürlich nicht offenbart. Dennoch kann es über-

in 99 von 100 Häusern ebenso entsetzlich sein, wie es in einem von 100 Häusern offen zutage tritt.

Bei diesem Elend sucht man aber die Arbeiter noch in gelben Antiarbeitervereinen zu organisieren, natürlich, damit sie sich ihrer Menschenwürde nicht bewußt werden und nicht aufzubegehren.

Der Gründung dieser Vereine wird erst mit einem allgemeinen Arbeiterverein und einem Beitrag von 1 Mt. angefangen. Für diesen Beitrag wird alles möglich und unmöglich verhext. Nachdem die Leute einmal eingefangen sind, kommt erst der Pfredenfuss. Nun wird eine Pensionstasse gegründet, um die Mitglieder durch ihre Beiträge, die in der Höhe von 6 bis 8 Proz. vom verdienten Lohn am Vortag abgezogen werden, recht fest an den Verein zu fesseln. Nach den Statuten erhalten aber freiwillig Ausstreitende nur zwei Drittel der gezahlten Beiträge ohne Binsen wieder zurück. Ausgeschlossene, d. h. hauptsächlich solche, die gegen das Statut des „Arbeitervereins“ verstößen, erhalten überhaupt nichts mehr zurück.

Dies und noch vieles anderes kann man in dem flott geschriebenen Broschüren lesen. Wir wünschen denselben die weiteste Verbreitung.

## Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen der Jutespinnerei und Weberei A.-G. zu Braunschweig.

Die vom Statistiker lebendig gemachten toten Zahlen und Ziffern erzählen uns oft in eindringlicher Sprache von den wirtschaftlichen Verhältnissen der Arbeiter, wie dieselben sind und wie dieselben sein könnten. Die gewaltige Sprache so mancher Statistik, deren notwendige Pflege noch von den meisten Arbeitern zu wenig erkannt wird, hat jedoch oft mit Erfolg an die Tore der öffentlichen Meinung gerüttelt. Von Ausbeutung, Elend und Unrecht spricht auch eine soeben abgeschlossene statistische Erhebung, die vom Textilarbeiterverband, Verwaltungsstelle Braunschweig, unter den 2400 Beschäftigten des oben genannten Betriebes vorgenommen worden ist. Die Statistik hat den Verhältnissen an das Licht der Öffentlichkeit befördert, wie dieselben hinsichtlich der allgemeinen Niedrigkeit vorher kaum bekannt waren. An der Erhebung beteiligten sich 1458 Beschäftigte, also die Mehrheit der in Frage kommenden, wodurch ein getreues Bild der Verhältnisse gewonnen worden ist. Die folgende Tabelle verdient eingehende Beachtung.

Jutespinnerei- Beschäftigte	Büffomme	Kinder je Kopf	Durchschnit- tliges Einkommen	Es arbeiten im Schnitt im Monat	Es arbeiten im Schnitt im Monat	Bruttolohn im Durchschnit- tliges im Monat	Bruttolohn im Durchschnit- tliges im Monat
männl. Verheiratete	174	300	2,27	120	54	17,21	18,22
Lebige	188	—	—	87	51	8,61	10,74
weibl. Verheiratete	483	228	1,41	60	417	9,26	11,07
Lebige	663	90	0,13	54	608	9,59	10,59
Zusammen . . . . .	1458	714	—	827	1125	—	— 28,77

Hieraus geht hervor, daß nur ein Fünftel der Befragten, nämlich 327, in Stundentlohn und die anderen vier Fünftel, genau 1125, in Abordolohn beschäftigt waren. Dieses Verhältnis ist durchaus keine Ausnahme, sondern in der gesamten Textilindustrie anzutreffen, also eine typische Eigenheit, denn es gestattet eine weitmögliche Ausbeutung der Arbeitskräfte. Trotz der Unterschärf der Arbeitserfordernisse aber nur die erzielten Abordolöhne pro Woche im Durchschnitt 11,07 Mt. für verheiratete und 10,59 Mt. für ledige Arbeitnehmer. Die Abordolohnschaftslöhne für verheiratete Männer betragen 18,22 Mt. und dieselben für ledige jüngere Arbeitnehmer nur 10,74 Mt. Noch niedriger als die genannten Abordolöhne sind die Stundentlöhne, was aus der Tabelle zu erscheinen ist.

Männliche Arbeiter waren nur 812 zu verzeichnen, während die weiblichen Arbeiter mit 1140 an der Zahl ganz bedeutend überwiegen. Hieraus tritt das Verhältnis des Jutespinnerei, billige weibliche Kräfte in die Fabriken zu holen, deutlich hervor.

Nach Altersklassen ergibt sich folgendes Bild: Von den Befragten waren 406 von 18 bis 20 Jahre alt, 405 von 20 bis 30 Jahre, 878 von 30 bis 40 Jahre und 188 von 40 bis 60 Jahre alt und darüber. Die Zahl der Jugendlichen im Alter von 14 bis 16 Jahren betrug 818. Diese Zahl kann man nur mit Bedenken betrachten, denn die in den Jutesfabriken grausenden Staubinhaltionskrankheiten und Gefahren müssen die jugendlichen, in der Frühsäften Entwicklung befindlichen Körper hemmen und degenerieren.

Außer den weiblichen Arbeitskräften sind also auch noch die Jugendlichen vorwiegend anzutreffen. Die Befragten hatten von den jungen Löhnen 714 Kinder zu ernähren, davon müssten 818 Kinder der mittleren Lüftung und Erziehung entbehren, da die betreffenden Mütter täglich 10½ Stunden in der Jutesfabrik arbeiten.

Diese so einfache Darlegung der Verhältnisse muß aber geradezu aufregend wirken, wenn man sich vor Augen hält, daß jeder einzelne Arbeiter und jede einzelne Arbeiterin in den letzten acht Jahren den schweren Arbeitern pro Jahr durchschnittlich 2,99 Mt. M in gewissen erschöpft haben, modisch also die Möglichkeit klar auf der Hand liegt, daß die Wochenlöhne der einzelnen Beschäftigten um 4 bis 5 Mt. hätten aufgepflastert werden können, ohne den Herren Aktionären jede Reingewinnrate zu konfigurieren.

Man muß das infolge der Niedrigkeit der Löhne selbstständlich Elend in den Wohnungen der Spinnereiarbeiter gefehlt haben, und die Überzeugung wird ausreichen, daß es ein schreckliches Unrecht ist, wenn jahraus jahrein annähernd ¾ Millionen arbeitsfähiger Arbeiter verleidet werden, während über 2000 Arme und Elende langsam, aber sicher an Unterernährung enden.

Aber der Reingehalt präsenten Betriebsleitung genügt nicht allein die Fabrikarbeit, sondern sie hat die Ausnützung der Arbeitskräfte bis in die Wohnungen der Arbeiterinnen durch Heimarbeit verlegt. Sind die Fabrikarbeiter niedrig, die Heimarbeitslöhne sind es noch viel mehr.

Bei der Untersuchung des Wohnungselements der Spinnereiarbeiter trafen wir in größerer Anzahl Frauen, die infolge größerer Kinderzahl nicht in die Fabrik zum Gedanken geholt wurden. Für eine bestimmte Größe von Säcken mit der Hand zu nähen gibt es für 120 Stund 2,40 Mt. Von diesem Lohn gehen aber noch 80 Pf. für Nähgarn an, welches die Arbeiterin in der Fabrik kaufen muss, so daß der Nählohn für 120 Säcke nur 1,80 Mt. beträgt. Die Arbeit ist eine verhältnismäßig anstrengende und erfordert mindestens 13½ Tage an Arbeitszeit. Der Betrieb erspart dadurch Arbeitserleichterung, welche nicht mehr wie

man weiß mit unorganisierten Haushalten zu tun haben und werden nach ihrer Maßnahmen zu treffen wissen. Gorge man, daß alle Textilarbeiter des Bezirks bis auf den letzten Mann sich dem deutschen Textilarbeiterverband anschließen. Dann kann man beruhigt, weil gerichtet, allen Kämpfen, welche noch auszufechten sein dürften, entgegenseilen.

Schon die soeben beantragten Kämpfe sind nicht ohne Einfluß auf die Gemütsstimmung der Unternehmer abgelaufen.

Bei Delius, wo in diesen Tagen die Ausschußwahl stattfand,

war das Alter der wählbaren Ausschußmitglieder auf 25 Jahre festgelegt.

In diesem Betrieb werden nun aber von 350 Personen mit Ausschaltern und Meistern vielleicht 30 über 25 Jahre beschäftigt,

daran sind dann die meisten noch verheiratete Frauen, welche nicht den Bestand des Betriebes bilden. Die Arbeiterinnen wünschten darum das Wahlalter auf 21 Jahre herabzulegen.

Nach Aussprache unseres Geschäftsführers mit dem Sekretär der Unternehmerorganisation, dem Bundeskammertreträten Dr. Schröder, haben denn auch die Fabrikanten in ihrer Sitzung zugestimmt, dem Antritt der Arbeiterinnen stattzugeben und in ihren Betrieben dieses Alter für die Wahlen des Ausschusses festzulegen. Je einsichtsvoller die Unternehmer Arbeiterwünschen gegenüber handeln, desto weniger werden die Arbeiter gesteuert sein, gegen sie Stellung zu nehmen.

eine Strafe erlässt auf Befragen, er müsse nachts auf zwei Stühlen schlafen, — die Mutter könne kein Bett kaufen. Andere Wohnungen auf der Mauerstraße, dem Rückenstrasse, dem Rückenstrasse und dem Werder waren so niedrig, eng und düstig, daß der Gedanke fast entsetzlich war, Eltern und Kinder die drinnen jahrelang vegetieren zu müssen.

Auf der Mauerstraße betreut wir eine „Wohnung“, die nur 176 Quadratmeter hoch war. Der Bewohner sagte anfangs des Gesprächs mit stoischer Gleichgültigkeit: „Siehe Sie sich, dann brauchen Sie nicht krumm zu stehen.“ In demselben Hause fanden wir in einer offensichtlichen Wohnung ein dreivierteljähriges Kind, das selbst stundenlang überlassen wurde. Die drei Geschwister, die es beaufsichtigten, waren auf der Straße im Spiel, die Eltern auf Arbeit. — Die Treppe waren leer, die Treppen waren leiterähnlich und ohne jedes Schutzgeland.

In solchen „Wohnungen“ „lebt“ ein Teil des Unterpatriars, weil sie billig sind, weil das Einkommen der Familie gering ist. Aber in den Wohnungen der Aktionäre blieben manche Zimmer zu Luxuszwecken vorhanden, kein und kaum gebraucht werden und leer stehen.

Diese Tatsachen müssen aufheben, müssen die Gemüter revolutionieren, diese Zustände müssen die Familie, Gesundheit und Menschentum vernichten.

Die Reichen, Satten und Bollen aber wollen das nicht sehen, — nun, so wird die Organisation, die Einigkeit der Arbeiter ihnen die Augen öffnen müssen.

Die geschilderten Zustände bestehen in demselben Braunschweig, wo die Vereinsgefechte am Schlafmutter angewandt wird, wo sich gewisse Sicherheitsorgane noch herstellen, von jeder Fabrikbesprechung die Direktion der Textilfabrik in Kenntnis zu setzen, wo man es aber nicht wagt, den Arbeitern zu ihrem Recht zu verhelfen. Sie werden es sich selber erlämpfen müssen. Darum rufen wir ihnen zu: Hinein in den Deutschen Textilarbeiterverband! Streift alle Gleichgültigkeit und Laufheit von Euch ab, damit Ihr recht bald in die Lage kommt, eine soziale Sozialwirtschaft durch eine gewisse soziale Ordnung zu betreiben.

In zwei Betrieben, in der „Bielefelder Aktiengesellschaft für Mechanische Weberei“ und der Seidenweberei C. A. Delius u. Söhne haben die Arbeiterinnen zwecks Erringung der 9½ Stunden Arbeitszeit gestreikt. In einem Betrieb der „Mechanischen Weberei“ hat der Streik 10 Tage gedauert, worauf sich die Arbeiterinnen mit folgendem Augeständnis einverstanden erklärt haben:

1. Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 58 Stunden und 45 Minuten.
2. Lohnzulage auf schlechte Garne und Material.
3. Die Streikenden werden sämtlich wieder eingestellt.
4. Maßregelungen finden nicht statt.

des Kollegen Fritsch und des Kollegen Drieschner stattfand, wurde folgende Vereinbarung getroffen:

Für Mängelgesellen wird ein Mindestlohn von . . . . .	2,45 Mf. gezahlt, früher 2,85 Mf.
" Mängelfahrer . . . . .	2,- " " 1,90 "
" ungelernte Mängler . . . . .	2,25 " " 2,10 "
" Appreturarbeiterinnen . . . . .	1,85 " " 1,85 "
" Kästnerinnen . . . . .	1,25 " " 1,20 "

Außerdem wird für die Mängelfahrer für das Bügehen eine Entschädigung von 75 Pf., früher 90 Pf. gezahlt. Bis zum August soll der Lohn der Gesellen steigen auf 2,60 Mf., der der Kästnerinnen auf 1,30 Mf.

Am Donnerstag, den 30. Mai, nachmittags, wurde hierauf in einer Fabrikversammlung in geheimer Abstimmung einstimmig der Beschluß gefaßt, nach den nunmehr gemachten Zugeständnissen Montag, den 8. Juni, die Arbeit geschlossen wieder aufzunehmen. Wenn auch nicht gleich alles Gesuchte erreicht worden, so ist doch in Aussicht gestellt, daß das noch Fehlende bis zum August nachkommt. Die Arbeiter und Arbeiterinnen bei der Firma Schneider aber haben gezeigt, was die Einigkeit vermag. Schon Ende vorherigen Jahres haben die Arbeiter betreffender Firma durch ihr festes Zusammenhalten sich den Beinhunderttag errungen, und zwar in einer Form, wie er noch in keinem anderen Betriebe des Kreises eingeht ist. Für die Arbeiter und Arbeiterinnen gilt es nun, fest zusammenzuhalten, der Organisation treu zu bleiben, damit das Errungene auch festgehalten, aber auch, damit die Lage der Mängler im Fleischenberger Bezirk im allgemeinen etwas aufgebessert werden kann. Denn unter den heutigen Verhältnissen kann man wohl noch nicht von auskömmlichen Löhnern der Mängelarbeiter sprechen, wenn gelernte Mängler, welche eine drei- bis vierjährige Lehrzeit durchgemacht haben, 2,25—2,80 Mf. pro Tag an Lohn erhalten und wenn verheiratete männliche Arbeiter mit 1,80—1,80 Mf. und Kästnerarbeiterinnen gar mit 1,20 Mf. pro Tag abgepeist werden. Das kommt aber daher, weil der Organisationsgedanke unter den Mängelarbeitern erst spät Platz gefunden hat. In letzter Zeit hat er allerdings starke Wurzeln geschlagen. Die Mängler des ganzen Bezirks mögen sich über das feste Zusammenhalten der Kollegen bei Schneider zum Vorbild nehmen. Und die Gesamtarbeiterchaft des ganzen Bezirks mag heraus die Lehre ziehen, daß immer wieder Kämpfe geführt werden müssen, denn die wirtschaftliche Lage der Arbeiter erheischt dies, wenn auch von unserer Organisation einmal ein taktischer Sieg empfohlen wird in einem Falle, wo es die Unternehmensorganisation auf eine Machtsprobe abgesehen hat, bei welcher sonst unmöglich gewordene Vorteile für die Gesamtarbeiterchaft nicht herauszuspringen. Gerade durch unseren taktischen Rückzug haben die Unternehmer mit dem Schlag, den sie von einigen Wochen gegen unsere Organisation führen wollten, gründlich ins Wasser gehauen. Die Arbeiterschaft müßte aber gerade daraus gelernt haben, daß wir, um mit dem Unternehmertum derartige Riesenkämpfe zu führen, vorerst unsere Organisation finanziell und auch an Mitgliederzahl noch bedeutend stärken müssen. Einmal fast zu 100 Prozent organisierte Unternehmertum steht in jenem Beugt immer noch eine kaum zur Hälfte organisierte Arbeiterschaft gegenüber, und daher gestalten sich die Kämpfe für die Arbeiterschaft auch noch so schwer. Wir müssen deshalb jetzt mehr denn je unser Augenmerk darauf richten, die große, uns noch fernstehende Masse für die Organisation zu gewinnen, und dazu hat wohl auch der nicht unkonventionelle Kampf bei der Firma Schneider wieder etwas beigetragen. Um nun dieses Ziel zu erreichen, bedarf es aber der eifrigsten Mitarbeit der ganzen Kollegenschaft. Die Kollegenschaft muß in erster Linie durchdringen sein vom Klassenbewußtsein. Und dieses Klassenbewußtsein muß fortgeschaut werden. Der Feind, den wir am liebsten hassen, das ist der Unterstand der Massen.

## Die Direktion der Norddeutschen Wollämmerei und Kammgarnspinnerei und das Koalitionsrecht.

Nach dem § 152 der Reichsgeverbordnung ist es jetzt jedem Arbeiter freigestellt, sich mit seinen Mitarbeitern zusammenzuschließen zur Erlangung besserer Löhne und Arbeitsbedingungen. Auch die Arbeiter und Arbeiterinnen der N.W.G., dieses Nischenunternehmens, welches bemüht ist, die Wollindustrie zu monopolisieren, haben endlich zum Teil gelernt, daß sie sich unbedingt zusammenschließen müssen, wenn sie der Ausbeutungswut dieser Unternehmengruppe Einhalt gebieten wollen.

Dass dieses Unternehmen ein Ausbeutungsinstitut ersten Ranges ist, wird wohl jeder schon einmal gezwungen war, seine Arbeitskraft in dieser Zwingburg zu verkaufen, verprüfen haben. Alle möglichen und unmöglichen Mittel werden daher von Seiten der Direktion angewandt, um die Obersichtlichkeit darüber hinwegzutäuschen. Bei jeder Gelegenheit wird versucht, mit den Wohlfahrts- und sonstigen Einrichtungen, welche angeblich zum Besten der Arbeiter geschaffen worden sind, zu prunken. Dass die Arbeiter sehr wenig von den „Wohlfahrts“ verfüren, braucht gar nicht weiter betont zu werden. Beider haben noch nicht alle Arbeiter eingesehen, daß alle diese Einrichtungen nur dazu dienen, sie in ein Abhängigkeitsverhältnis zu bringen, welches den Unternehmer in die Lage versetzt, recht viel Überdrüssig aus den Knochen der Arbeiter herauszuwirtschaften.

In dem Delmenhorster Betrieb dieser Firma sind circa 2100 Personen beschäftigt. Mit „Wohlfahrtsseinrichtungen“ werden hier die Arbeiter geradezu traktiert. Es ist hier unter anderem: 1 Säuglingsheim, 1 Kinderbehöranstalt, 1 Mädchenheim, 1 Burghausen, circa 400 Arbeiterwohnungen, 1 Bibliothek, 1 Konsumverein, eine Erholungsanstalt, ja sogar eine Kirche da, so daß nur noch eine Begrüßungsstelle fehlt. Wäre auch eine solche da, könnte die heranwachsende Generation innerhalb der Betriebsmauern leben und sterben, geboren und begraben werden.

Aber auch in die Arbeiterschaft dieses Unternehmens dringt das Licht der Erkenntnis, und, wie schon oben erwähnt, hat nun doch schon ein großer Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen in fast allen Orten, wo Filialen dieser Firma bestehen, eingesehen, daß sich nur durch die Macht der Organisation Vorteile erringen lassen. Und so auch in Delmenhorst. Die Direktion versucht nun auf alle Art und Weise die Arbeiter von der Organisation abzuhalten. Sie hat sich nun sogar erlaubt, die Arbeiter vor die Wahl zu stellen, entweder der Organisation, dem Textilarbeiterverband, den Rücken zu lehnen oder ihre Arbeit aufzugeben. Da noch mehr, sie hat einen von diesen Arbeitern am Montag, den 27. Mai, ohne daß es sich hätte was aufzuhören kommen lassen, plötzlich entlassen, obgleich eine 14-tägige Seufzung besteht. Die gesamte Belegschaft ist von Entlassung ergriffen und gewillt, für den entlassenen Kollegen einzutreten.

Aber nicht nur die Belegschaft dieser einen Filiale muß gegen dieses Vorgehen protestieren, sondern auch die Arbeiter der anderen Teilbetriebe dieses Unternehmens. Denn wenn die Direktion mit solchem Manöver Erfolg hat, wird es auch an anderen Orten versucht werden.

Die Arbeiterschaft der Delmenhorster Filiale hat in einer sehr gut besuchten Versammlung durch Annahme folgender Resolution ihrem Willen Ausdruck verliehen:

„Die heute Mittwoch, den 29. Mai 1907, im Saale von Meeters Hotel versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen der Norddeutschen Wollämmerei und Kammgarnspinnerei erklären:

Die Entlassung des Kollegen Emanuel Bolat ist erfolgt wegen Zugehörigkeit des Betreffenden zur Organisation. Es bedauert dies einen Eintritt der Firma in die Rechte der Arbeiter, wie sie laut § 152 und 158 der Gewerbeordnung verliegen sind. Die Arbeiterschaft erhält, wenn die Entlassung

wieder rückgängig gemacht wird, andere geplante Kündigungen aus selbigem Grunde unterbleiben und beauftragt die Kommission, dies zur Kenntnis der Betriebsleitung zu bringen.

Sollte wieder Erwarten dem Wunsche der Belegschaft von seiten der Direktion nicht entsprochen werden, sollen weitere Eingriffe in das Koalitionsrecht der Arbeiter stattfinden, so wird der Filialvorstand der Bahnhof Delmenhorst des Deutschen Textilarbeiterverbandes beauftragt, geeignete Schritte zu unternehmen, um den Arbeitern und Arbeiterinnen zu ihrem gesetzlichen Rechte zu verhelfen.

Die Arbeiterschaft verspricht, weiterhin tätig zu sein im Sinne der Organisation, sowie deren Ausbau zu fordern, um im geeigneten Moment mit deren Hilfe die Anerkennung der Arbeiterschaft zu erzielen.

Von der Direktion wird erwartet, daß sie bis zum 8. Juni 1907 eine diebezügliche Antwort an die gewählte Kommission geben wird. Weitere Schritte behält sich die Belegschaft vor.

Es wird nun abzuwarten sein, welchen Standpunkt der christliche Herr Kommerzienrat Lahusen einnimmen wird. Das steht aber fest: die Arbeiterschaft wird sich gegen ein solches Vorstellen der Direktion zu wehren und das Koalitionsrecht zu verteidigen wissen.

## Ein Streit im 18. Jahrhundert.\*

(Nach bisher noch nicht veröffentlichten urkundlichen Aufzeichnungen und Berichten aus dem oberbayerischen Kreisarchiv zu München.)

Von Carl von Thysla in München.

Die kleine Episode aus dem Leben der Münchener Gesellen, die hier berichtet wird, trug sich im November und Dezember des Jahres 1794 zu.

Ein Schlossermeister, namens Scherg, hatte zwei Gesellen angeblich wegen Unbedecktheit aus der Arbeit entlassen und ihnen die Ausszahlung des bezugspruchten Wochenlohns mit der Motivierung, daß sie die Woche hindurch doch nichts gearbeitet hätten, verweigert. Die Zunftführer, deren Entscheidung von beiden Seiten zunächst angenommen wurde, stellten sich auf die Seite des Meisters und sprachen ihn vor der Bezahlung des Lohnes frei. In der als zweite Instanz einberufenen Handwerkszusammenkunft, dem sogenannten „Handwerksrat“, — diesem letzten Rest des ehemaligen mächtigen Zünftgerichts, — an welchem sämtliche Meister und von jeder Werkstatt der älteste Geselle teilzunehmen hatten, wurde ebenfalls, durch Ueberstimme der Gesellen, zugunsten des Meisters erklärt. Die Gesellen bestanden jedoch trotzdem weiterhin auf ihrer Forderung, und als der Schlossermeister Scherg, der Erkenntnis des Handwerks gemäß sich weigerte, den ausbedungenen Wochenlohn zu zahlen, traten sämtliche 50 Gesellen des Handwerks in den Außstand mit dem Vorfall, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis den beiden nach ihrer Meinung zu unrecht entlassenen Gesellen der Wochenlohn ausbezahlt sei. Das war am 28. November 1794.

Als nach zwei Tagen die Gesellen die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen hatten, „sondern in der Stadt und außer deren Toren herumirrten“, auch von den Gesellen die Erklärung öffentlich gemacht wurde, „daß sie schon mehrere Bünde wüssten, die ihnen befreiten, und ihr Unternehmen fördern würden“, sah sich der Magistrat, durch das Bützamt von dem Vorfall in Kenntnis gesetzt, veranlaßt, „schleunigst Maßregeln zu ergreifen, wodurch sowohl die dermaßen aufgestandenen Schlossergesellen in ihre Arbeit gebracht, als auch denen übrigen die Lust zu dergleichen für die Bürgerschaft und das Publikum höchst schändlichen Aufritten befreihnommen würde.“ „Wir lieben daherboho“, — berichtete der Magistrat unter dem 8. Dezember d. J. an den Kurfürsten, — „sogleich alle Gesellen, so sich auf der Höchberg abends befanden, durch Unter Befehl aus das Rathaus berufen, um sie zu befehlen, daß die Sache wegen dem höchstfeindlichen Lichte von Seite unserer am künftigen Rathstage entschieden werden wird, bis dahin sollten sie aber möglichst an ihr Arbeit sich verfügen, und ruhig verhalten, währendfalls man diejenigen so sich weltern, sofern auf ihre Harthaftigkeit beharrt, und dem von mir, Churfürst, Durchlaucht Obrigkeit aufgetragenen Befehl nicht nachkommen würden, ohne weiteres als Aufsteller und Störer der öffentlichen Ruhe ad militiam abgeladen würde.“

Die von Seite des Bützamts gemachte Eröffnung, dann all mögliche Vorstellungen könnten, solang alle Gesellen in dem Commissionszimmer waren, keine Wirkung herabbrechen, sondern die Neuerung der Gesellen ging immer dahin, daß sie nicht eher arbeiten werden, bis nicht der Magistrat entschieden haben will, daß den beiden Gesellen unmittelbar der Lohn gegeben werden muß.

Bei diesen Umständen fand man für nötig, jeden insbesondere mit sehr Neuerung ad protocolum zu vernehmen, wo sodann unter der Zahl von 50 Gesellen 50 zu arbeiten sich erklärten, die übrigen 9 aber folgten blindlings der allgemeinen Stimme, so vorher unter allen herrschte, und beharrten auf dem Gas, nicht eher zu arbeiten, bis nicht ihr Wille von seitens Unter wird gemacht seyn. Diese 9 wurden demnach auch zur Strafe ihrer Widerständigkeit, und als Verächter obrigkeitlichen Befehls nach der ihnen vorher gemachten Commination ad militiam anderen zum warnenden Beispiel folglich abgegeben.

Doch dem Vorgehen des Magistrats nach dem Grundsatz „divide et impera“ (teile und herrsche) war nur ein kurzer Augenblickserfolg beschieden. Die Aufführung der neu in ihrer Neuerung freu- und standhaft gelebten Gesellen rast unter der gesamten Gesellschaft Münchens große Entrüstung und Bekämpfung herbor. Einmütig treten die Gesellen fast sämtlicher Bünde für ihre genausoregalten Kameraden ein. Noch am Abend desselben Tages halten sie eine Zusammensetzung in der Herberge der Schlosser ab; eine Abordnung von 20 Gesellen aus 21 Bünden\*) wird erwartet, die sich am nächsten Tage auf das Rathaus begeden soll, um die Freilassung der zum Militär Gegebenen zu erwirken.

Um 2. Dezember begaben sich die 50 Gesellen auf das Rathaus und ließen melden, daß sie etwas anzubringen hätten. Sie wurden sofort vorgelesen und ihr Anliegen wie folgt protokolliert:

Nachdem im Rath gemeldet wurde, daß die Altgesellen von verschiedenen Bünden und Hanthütungen auf dem Rathause sich eingefunden haben, und die unterhängste Bitte stellen, daß eine Anordnung gemacht werden möchte, um ihr Anbringen ad protocolum geben zu können, so wurde dem Bützamt die Weisung ertheilt, die Altgesellen ad protocolum zu vernehmen. Man hat auch von Commissionswegen sich folglich zu den Altgesellen verfügt, und selbe befragt, was sie dem Magistrat zu hingerbringen hätten? Dennach erklärten sich selber, daß sie im Rahmen der Lauden abgeordnet seien, den Magistrat zu bitten, daß die ad militiam (zum Heeresdienste) abgegebenen Schlossergesellen sofort wieder befreit werden möchten, damit es ihnen, wenn sie nicht bloße Schläge ihrer Meister seyn wollen, nicht ebensfalls so ergehen mögliche.

Die Antwort des Magistrats ging dahin, daß er „selber keine weitere Entschließung ertheilen“ wünsche, da der „gestellten Bitte zu willfahren nicht mehr in unsrer Macht steht, sondern bloß von S. Churf. Durchlaucht höflich Gnade abhangt, ob höchstens dieselbe Bitte erfüllt.“

\* Aus dem Februarheft der reichhaltigen und interessanten „Güldenblatt“.

\*\*) Diese 9 Bünde waren: Hafner, Spangler, Wagner, Uhrmacher, Schleifer, Gürtler, Drechsler, Geschmeidmäder, Kürsner, Metzger, Weber, Schuhmacher, Bader, Weiger, Kübler, Schmied, Strumpfstricker, Gürtmäger, Schuhmäger und Schneider.

Unter dem 8. Dezember d. J. ergeht denn auch ein diesbezüglicher eingehender Bericht seitens des Magistrates an den Kurfürsten mit der Bitte um eine gnädige Entschließung unter Beifügung des erwähnten Protolls.

Das einstige Zusammenstehen der Gesellen hatte aber noch einen anderen nicht minder beachtenswerten Erfolg: nämlich einen vollständigen Umschwung in der Meinung der Schlossermeister herbeigeschafft. Die trüben Ansichten auf einen langdauernden Streit, der dem Gewerbe schweren Schaden aufzuteilen drohte, ließ die zuerst so unbegannen Meister plötzlich anderen Sinnes werden. Drei angesehene Schlossermeister, darunter der Hoffschlosser und der Landhofschorler, stellten sich in einer Einsicht an den Altgesellen durchaus auf den Standpunkt der Gesellen und bitten um Entlassung des neuen zu Unrecht Inhaftierten.

Der mit den althäufigen Schlossergesellen unnötig veranlaßte Außstand, — heißt es in der Gingabe, — wird Enthalt. Durchs. schon hinterbracht werden seyn; noch scheint sich derselbe nicht zu legen, und die Abfertigung mehrerer Gesellen unter des Kurfürst dienten diesen von neuen anzufangen.

Wenn wir unsere mindeste Meynung ohngefähr vorbringen dürfen, so wär das Bezeichnen der Gesellen handwerkstüchtig, nicht aber jenes des Schlossermeisters.

Anheut waren einige Gesellen bei uns, und erklärten sich, daß alle bereit seien, bis zur näheren Austragung der Hauptstadt, ihre Arbeiten wie vor fortzuführen, wenn auch diejenigen zu ihren Werkstätten nachhaus gelassen würden,

welche bereits in die Cafetaria angewiesen worden, außerdem aber müssen sie alle Schwerarbeiten machen. Gnädigster Herr

Meister ist nicht als wie Meister selbst bestraft, wenn die Werkstätten noch länger leer stehen, die Gesellen kommen weit

über, München wird verirren, und die Gesellen werden noch härter als bisher zu überkommen seyn, sein Meister von uns kann aber für sie die Arbeiten befördern.“

Sie schliefen mit der Bitte, der Kurfürst möge aufbescellen, die ausgehobenen Gesellen wieder zu ihren Werkstätten zu entlassen.

Diese Gingabe ist in der Tat denktwürdig. Sie ist ein Beweis für die große Nach, die das feste und zähe Zusammenhalten der Gesellen diesen verleiht, denn diese drei Meister hatten noch vor wenigen Tagen bei der Handwerkszusammenkunft zweifellos gegen die Gesellen und zugunsten ihres Meisters gekämpft.

Eine Reihe von Tagen verließ nun ruhig und ohne Störung, aber ohne einen Entscheid vom Kurfürsten zu bringen, und auch ohne dass die Schlossergesellen die Arbeit wieder aufgenommen hätten. Da licht sich am 14. Dezember, abends gegen 9 Uhr ein augenzeiter Kaufmann aus Ulmberg bei der Hauptkommunikantschaft des Generalmajor und Stadtkommandanten melden. Er wurde vorgesetzt und brachte vor, wie daß es eines jeden Pflicht sei, Meldungen zu machen, wenn er glaube, daß die Sicherheit der Stadt hierunter begriffen seye. Aufzufassen wollte er also anzeigen, daß gestern Nachmittag beim Füllerbräu Handwerkszurkunft versammelt gewesen wären, welche sich in einem Hinterhof befinden hätten, und sich wechselseitig Verstandesleistung mittels Schwörung juranter (durch Eid) zugesichert hätten; auch sich unterredet, daß sie diese Nacht durch in einem Wirtshaus in der Sendlingerstraße verbrannten, und bey Ankunft der Patrouillen sich derselben förmlich widersegen wollten.“ (Aus dem Bericht der Hauptkommunikantschaft am 15. Dezember.)

Da der Stadtkommandant befürchtete, daß das Vorgehen des Ausschaffungspatrouillen (beren Aufgabe es war, die Einhaltung der Polizeistunde in den Lokalen zu überwachen und einige Liebster hinauszuführen) „das Signal zu einem allgemeinen Außstand“ sein könnte, ließ er vorsichtigerweise die Patrouillen in der Sendlingerstraße überhaupt einstellen, beauftragte hingegen einen Stadtkommandanten, „ohne Aufsehen zu erregen“ nach dem Rathaus zu gehen. Gedacht war, Gedacht war, daß beim Gilgenträner alles voll wär, und daß immer einige zu- und abgängen, so zwar, daß es immer drei und vier miteinander waren, sonst aber war in diesem Haus sowohl, als auch in der ganzen Sendlingerstraße in sowohl allens ruhig; heute aber ist beim Füllerbräu sowohl, als auch beim Gilgenträner alles voll, und auch auf der Straßen sieht man Handwerkszurkunft in starker Anzahl gehen.“ (Bericht der Hauptkommunikantschaft wie oben.)

Der Kommandant fragt zum Schlus an, in welcher Weise die Obere Landesregierung vorzugehen beabsichtigt ist mit dem Weineck, daß man Commandantschaftsschefs zu all möglicher Unterstützung in volter Bereitschaft ist.“

Der Bevölkerung der Commanbantschaft bedurfte es jedoch nicht. Es kam zu keinem Außstande; man hatte viel zu schwach gesehen.

Freilich eine ernste Sache war es, die die Gesellen von sämtlichen 84 Bünden Münchens hatte zusammenkommen lassen. Die lange Zeit, die seit ihrer Bitte um Entlassung der 9 Gesellen verstrichen war, ohne daß eine Entscheidung gefallen war, hatte die Gesellen, die die obrigkeitlicherseits oft geübte Verschleppungstaktik sehr wohl kannten, unruhig gemacht, und sie hatten sich versammelt, um ihrer Forderung noch einmal energisch Ausdruck zu leihen. In einen gewaltigen Außstand dachten sie zwar nicht, ihnen standen andere wirtschaftliche Mittel zu Gebote: Die Niedrigung der Arbeit und als letztes wirtschaftliches: die Entfernung aus der Stadt, die infolge des in jener Zeit herrschenden Mangels an Arbeitskräften durchaus keine leere Drohung war, sondern für Meisterhaft wie Obrigkeit leicht empfindlich werden konnte. Einmütig beschlossen daher die Gesellen, noch ein letztes Mal bei der Regierung wie bei der gesamten Meisterhaft vorstellig zu werden, jedoch mit der Androhung, daß, falls man kein Gehörschenle, sie nicht nur alle die Arbeit niederlegen, sondern München ganzlich verlassen und nach anderen Städten wandern würden. Ein Kundschreiben an die Führer sämtlicher Bünde kündigte der Meisterhaft diese geplante „Succession plebis“ wie folgt an:

sie alle bereit wären, dem Beschele des Kurfürsten nachzuhören und die Arbeit wieder aufzunehmen, wird gesetzigt und ihnen zur Unterzeichnung als Zustimmung zu demselben vorgelegt. Doch die Alteigessen weigern sich, das Protokoll zu unterzeichnen, bevor sie von dem Inhalt desselben die übrigen Gesellen in Kenntnis gesetzt und sich mit ihnen über die weiteren Schritte beraten hätten. Diese Erlaubnis wird ihnen mit dem Auftrag, mit ihrer Neuzerlegung sozusagen wieder zurückzulehnen, erteilt.

Nachdem sich die Alteigessen mit den übrigen ins Benehmen gezeigt hatten, sahen sie zurück und erklärten vor der Kommission, daß sie mit ihnen einige Meister selbst zugesagt hatten, S. Chrif. Durch unterstänig aufzuwarten, sich alle in die Arbeit bis auf die Alteigessen verfügen wollen. Die Alteigessen aber werden zunächst auf den Höherberg verbleiben, bis gleichwohl von denen zu S. Chrif. Durchl. sich verfügenden Meistern und Alteigessen die endgültige Willensnahme zurüdgebracht werden wird, damit sie sodann das bisherige folglich denen übrigen Gesellen hinzubringen können. Sollte aber die höchste Entschließung nicht erfolgen, so seien sämtliche Gesellen wiederum bereit, aus der Arbeit zu treten, und sodann ganz ruhig sich von hier wegzu-begeben."

Diese letzten Vorstellungen seitens der Meister, der Gesellen und des Magistrats bei dem Kurfürsten hatten Erfolg. Unter dem 17. Dezember 1891 erging der kürfürstliche Beschele: "Seine Chrif. Fürstliche Durchdracht haben sich durch das wiederholte unterthänige Ansuchen und auf hoher Fürsprache der verwittlichten Frauen Churfürstin, dann in Überdrift häufig mehrere Bescheide für und Erledigung zu beschließen bewogen gefunden, daß die wegen Überleidlichkeit theils als militiam condamniert (zum Heroldsdienst beurteilten), theils inhaftiert gewesenen Schlossergesellen wiederum freigesetzt werden sollen."

Endete dank der Einmütigkeit der Gesellen der Streit der Schlossergesellen zu München mit deren vollständigem Siege.

## Aus der Bewegung in der Textilindustrie.

### Deutsches Reich.

(Wochenbericht.)

Die Arbeiterschaft der Färbererei von Hermann Scheibner (Inh. Paul Schmitz) in Hohenstein-Ernstthal hat Forderungen eingereicht, deren wichtigsten sind: 1. Die Löhne für männliche Arbeiter haben zu betragen in Klasse 1 (14—16 Jahre) 12 M., Wochenlohn über 20 Pf. Stundentlohn; Klasse 2 (16—20 Jahre) 18 M., Wochenlohn oder 30 Pf. Stundentlohn; Klasse 3 (über 20 Jahre) 21 M. Wochenlohn oder 35 Pf. Stundentlohn. 2. In jeder Lohnklasse ist nach einjähriger Tätigkeit höchstens 1 M. Lohnzulage zu nehmen. 3. Soweit schon jetzt höhere Löhne gezahlt werden, sind jährl. auch Ferien zu bezahlen. 4. Für gelehrte Färber resp. Bleicher ist ein Mindestlohn von 24—25 M. pro Woche zu zahlen. 5. Bei Stundentlohn sind sämtliche Ferientage mitzubuchen. 6. Bei Stundentlohn dürfen, wenn auf Arbeit geworbeitet werden muß, keine Abzüge gemacht werden. 7. Tägliche Arbeitszeit höchstens 10 Stunden. 8. Bei Überstunden ist die erste mit 10 Pf., die zweite mit 20 Pf. Aufschlag zu bezahlen. 9. Es ist aber Überstunden täglich sind nicht zulässig. (Schon viel zu viel.) 10. Med. 9. Lohnzahlung jeden Freitag. Die Färber erhielten am 25. Mai 1 M. Lohnzulage, die Arbeitersinnen 60 Pf. Es erzielte nun 1 Färber 20 M. pro Woche, 2 je 18,50 M., 7 je 17 M., 1 16 M., 2 je 13 M. und 2 Mädchen je 9 M. Es scheint, daß man diese Zugeständnisse als Abschlagszahlung vorläufig annehmen will.

In der chemischen Bleicherei in Höttinggrund bei Hohenstein-Ernstthal ist den Arbeitern vor 4 Wochen eine Lohnaufbesserung von 1 M. pro Woche zuteil geworden. Neuerdings hat man die tägliche Arbeitszeit um 1/2 Stunde verlängert. Weiter betrug sie formal 11 Stunden, doch wurde sie oft willkürlich verlängert und es soll vorgekommen sein, daß Arbeiter 88 Stunden hintereinander tätig waren. Bemerk zu Werden verdient, daß hier ein neu angenommener Arbeiter 2 M. mehr Lohn bekommt als ein älterer.

Wegen Lohnunterschieden haben die Färbereiwerke der Firma Maag in Elbingen die Kündigung eingereicht.

Der Streit der Münzenbrecher bei der Firma Flachardt in Barmen ist mit vollem Erfolg für die Arbeiter entschieden worden. Die Lohnzulagen betrugen pro Arbeiter und Woche circa 8 M. Auch ein vor dem Streit gemahngelster Kollege wurde wieder eingestellt.

Wegen Mahnung eines Webers ist es in der Weberei von Vogler in Gifrau (Franken) zu einem Konflikt gekommen. Herr Vogler verlangte, daß der Betreffende sein Wündel bestimme, aus dem Textilarbeiterverbande auszutreten, wozu sich der Mann natürlich nicht berechtigt fühlte und auch keine Reaktion versprach. Es wurde daraufhin entlassen. Es wird versucht werden, Herrn Vogler zu einer sympathischeren Stellungnahme unserem Verbande gegenüber zu drängen, um so mehr, da Herr Vogler Vorsitzender des Ortes ist und wir ein erhöhtes Interesse daran haben, daß er sich mit der Tatsache des Vorhandenseins unseres Verbandes wie des Sozialrechts auch für die Minderjährigen aussöhnt, und sei es auch erst nach einem Streit, der um die Ausübung eines alten Rechtes hier noch geführt werden mühte. Zudem wird Herrn R. gezeigt werden, daß nicht das Bezirksamt, wie er glaubt, darüber zu befinden hat, ob die Minderjährigen dem Verbande angehören dürfen, sondern sie selbst darüber zu befinden haben.

In der Norddeutschen Wollkämmerie und Kammgarnspinnerei in Delmenhorst ist es wegen Entlassung eines organisierten Arbeiters zu Differenzen gekommen.

Der Streit in der Mangel- und Appreturanstalt von Schneider in Neuenbach i. Sles. ist beigelegt worden, nachdem den Arbeitern ein einige Zugeständnisse gemacht worden waren.

Der Ausstand der Textilarbeiter in Stadtschönborn dauerte unverändert fort. (Siehe auch unter Ber. a. f.)

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Tüllfabrik von David Richter in Chemnitz, Annabergerstr. 99, sind in eine Bewegung eingetreten. Gefordert wird Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Röstzeit, sowie Aufschlag für Nacharbeit. Zugang ist bis auf weiteres fernzuhalten.

Die Arbeiter der Firma Hartmann in Marktredwitz (El.) fordern den Schuhfertag und Lohnzulage.

Die Spinnweberei bei Birkigt in Grimma sind in Streit getreten, nachdem ihre Kündigung abgelaufen war.

In der Werbauer Tuchfabrik haben sämtliche Weber infolge Lohnsteuerabsetzen die Kündigung eingereicht. Der Zugang von Webern ist daher streng fernzuhalten.

Die Weber der Firma Nass u. Lucas, Ebersfeld, Fabrik in Mödlichstett, Moniquette, Autenplüsch und Doppelpflüsch, befinden sich nach wie vor im Streit.

Die Auspeinerung der Drucker und Druckerinnen bei Summa Söhle in Oberkossa dauert unverändert fort. Es ist den Herren Summa noch nicht gelungen, weitere Arbeitswillige aus den Reihen der Ausgesperrten noch von anhört zu erhalten, obwohl sie kein Mittel untersucht lassen, die Reihen der Ausgesperrten zu durchbrechen. Wohl sind durch Drohungen einige Drucker gezwungen worden, die Arbeit wieder aufzunehmen, weil ihnen dort beschäftigten Vätern auch mit Entlassung gedroht wurde, wenn die Jungen nicht wieder antrügen. Wenn auch 1/3 der Ausgesperrten zu den Summa-Schädeln zurückkehrte, so stehen jedoch die anderen 2/3 noch fest im Kampfe und harren aus.

Der Streit bei der Firma Hofert in Nappelsweiler ist nach zweitägiger Dauer erfolgslos beendet worden, weil die christlichen Kollegen, ungefähr 8 an der Zahl, sich weigerten, die Arbeit wiederzunehmen. Die Führer der "Christlichen" sollen ihre Leute selbst aufgefordert haben, weiterarbeiten, was diese auch getan haben. ~~Was andere war von diesen Christen~~ mag nicht zu ex-

plizieren. Die freiorganisierten Arbeiter verlangten in einem Schreiben an die Firma erstens Beseitigung der Überstunden und zweitens eine Lohnzulage von 5 Proz. Was taten unsere "Christlichen"? Sie gingen hin und teilten der Firma mit, daß sie mit der jetzigen Arbeitszeit und den momentanen Lohnverhältnissen zufrieden sind. Die Folge war, daß die Firma in ihrem Widerstand gegen die Arbeiter bestärkt wurde und die Forderungen der fünfprozentigen Lohn erhöhung rund ablehnte. Die Überstunden wurden beseitigt, aber auch zwei Kollegen, welche die Forderungen mit unterschieden hatten, wurde am Freitagabend kurz vor Feierabend gründig, worauf die übrigen Kollegen, mit Ausnahme der "Christlichen", die Arbeit niedergelegt, so daß von 28 Gesellatoren 20 außer Betrieb kamen. Es wäre nun ein leichtes gewesen, die Forderungen der Arbeiter durchzudrücken, aber unferen "Christlichen" war es eben darum zu tun, dem verhafteten Gegner eine Niederlage zu bereiten. Dazu sie selbst unter den Folgen zu leiden haben werden, daran dachten sie wohl nicht, und die Folgen werden nun auch nicht ausbleiben. Es hat sich auch hier wieder aufs neue gezeigt, daß auf die christlichen Kollegen in keiner Weise ein Vertrau ist. An der Arbeiterschaft ist es nun, diese Scharte wieder auszutragen, und das kann nur durch Auflösung der noch feinstehenden Kollegen bewirkt werden. Wenn jeder seine Pflicht tut, dann wird es möglich, in Walds nachzuholen, was jetzt noch nicht erreicht werden kann. Es darf aber keiner den Mut verlieren. Diese Handlungswise der Christlichen wird sich an ihnen selbst rächen.

Fast alle Branchen der Textilindustrie in Alsbach befinden sich in Lohnbewegung. In einigen Fabriken sind schon namhafte Erfolge erzielt worden.

Zur Lohnbewegung der Seidenweber in Friedland. Um ihre Friedensliebe zu bestunden, beschlossen die Kollegen und Kolleginnen in einer Betriebsbesprechung, daß die Lohnkommission nochmals beim Herrn Betriebsleiter vorstrecken soll, um eine Einigung herbeizuführen. Aber auch diese Unterhandlung war resultlos. Von einer die Arbeiter zufriedenstellenden Zulage und Feststellung einer entsprechenden Entschädigung für Warten, sowie auch von der Erkenntnis eines Ausschusses will der Herr nichts wissen. Die Firma scheint die Arbeiter daraufhin prüfen zu wollen, ob es ihnen auch wirklich ernst mit ihren Forderungen ist. Die Entscheidung über Krieg oder Frieden wird in den nächsten Tagen fallen. Vorläufig ist die Situation noch unverändert.

### Ausland.

Frankreich. Im Norden Frankreichs löst immer eine Lohnbewegung die andere ab, namentlich in Roubaix. Kaum ist ein Streit in einem Betriebe beendet, so breicht auch schon in einem anderen ein Konflikt aus. In der Weberei Garnyrol darf selbst währet des Streits schon zehn Wochen. In der Färbererei Cadetoux in Roubaix sind die Arbeiter seit 4. Mai im Streit, um eine Lohnzulage zu verlangen. Am 25. Mai ist der Kämmerer Motte, über die wir schon einmal berichtet, streiken 1200 Arbeiter wegen Lohnforderungen. In der Société anonyme du Tissage haben 230 Arbeiter die Arbeit niedergelegt, um die Entlassung eines betulalen Werkmeisters zu erzwingen. In Flor de L'Orne stehen 5000 Textilarbeiter. Der Kampf brach mit ziemlicher Blödigkeit herbei und ohne genügende Vorbereitung. Kollege V. Menard, der Bundessekretär, begab sich an den Streikort, um den Kampf, der nun einmal ausgebrochen ist, zu organisieren.

Holland. Die große Ausperrung von Textilarbeitern in Meijssen ist leider von den Unternehmern gewonnen worden. Der Allgemeine Niederländische Textilarbeiterbund hält in Enschede seinen Jahrestagung ab. Der Bund hat jetzt 17 Ortsgruppen mit zusammen 21 000 Mitgliedern. Der Jahrestag ist der 1. Mai im Geschäftsjahr eine Durchschnittsauslastung von 2800, in den letzten Monaten 8100. Der Kongress beschloß eine Klassierung der Bundesbeiträge: Mitglieder, welche bis zu 20 Gulden verdienen, sollen 10 Cent pro Woche zahlen, die mit einem Verdienst von 8—10 Gulden 1b Cent und die, welche auf über 10 Gulden kommen, sollen 20 Cent pro Woche zahlen. (1 Cent 1/2 Pf.) Das Fachblatt erscheint noch 14-täglich. Es liegen daher Anträge vor, es wöchentlich erscheinen zu lassen. Die Notwendigkeit dafür wurde zwar ziemlich allgemein hervorgehoben, doch kam es noch zu seinem Beschuße, nachdem der Vorsitzende namens des Hauptvorstandes erklärt hatte, daß er zwar der Meinung sei, daß ein Wochenblatt großen Wert für den Bund haben würde, aber die gegenwärtigen Umstände für eine solche Neuerung nicht geeignet seien und man vor allem erst die Wirkung der neuen Beitragsregelung abwarten sollte. Sollte es sich nötig machen, würde ein Beiblatt herausgegeben werden. Der Kongress erklärte sich schließlich damit einverstanden.

Schweden. Der Weberstreit in Jürglund ist zugunsten der Arbeiter beendet. Es ist auf etliche Artikel der Lohn von 8 Vere auf 9 Vere und von 4 Vere auf 6 Vere erhöht worden. Auch der Verband wird anerkannt.

## Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen.

### Deutsches Reich.

Der Bäckerstreit in Berlin, den wir schon in voriger Nummer als drohend erläuterten, ist wirklich ausgebrochen. Die Hauptforderungen der Gesellen sind 28 M. Wochenlohn, Beseitigung des Post- und Logistewesens beim Meister und Errichtung eines partikulären Arbeitsnachweises. Die Gesellen erfreuen sich der Sympathie der ganzen Arbeiterschaft, die die Gesellen, welche diese Forderungen noch nicht bewilligt haben, streng meidet. Diesem Umstande ist es zu zuschreiben, daß schon am Sonnabend voriger Woche 800 Meister die Forderungen bewilligt hatten. Darunter sind auch viele Innungsmeister. Man erachtet daraus, daß die Meister schon ihre Führer verlassen, welche die Situation überhaupt nur verschuldet haben, denn die Masse der Meister wollte den Kampf augenscheinlich nicht. — Die Zahl der Streikenden betrug Ende voriger Woche 1600. Abgesehen waren schon 600. In ihrer Verlegenheit rief aber die Innung den Gefering um Hilfe an, die dieser auch insofern stieß, daß er sich entschloß, keine Helfe mehr an die Meister zu leisten, welche die Gesellenforderungen bewilligten. Diese Unternehmervereinigung hat erst vor kurzem selbst eine 20prozentige Preiserhöhung durchgesetzt, was sie aber nicht hindert, jetzt zuungunsten der Gesellen, deren Forderungen für die Meister weniger drückend sind, als die seinerzeitige Erhöhung des Geferinges es war, Stellung zu nehmen. Der Bielefelder W. wird aber umsofent sein, denn es wird den vom Gefering gesetzten Meistern von anderer Seite Helfe gesteckt werden.

### Ausland.

England. Hier befinden sich die Seeleute gleichfalls im Streit, der immer mehr an Auslastung gewinnt.

Frankreich. In Marseille stricken die Seeleute.

Holland. Die Vereinigungsbestrebungen der russischen Gewerkschaften machen sich immer mehr bemerkbar. Immer mehr tritt die Absicht hervor, die lokalen Verbände in autarkische und Gewerbeverbände zu vereinigen. Zu diesem Zweck haben schon verschiedene Konferenzen stattgefunden. Der autarkischen Buchdruckerkonferenz folgte eine solche der technischen Angestellten und eine Konferenz der Handlungsgesellschafterverbände. Anfang Juni soll eine Konferenz des Wolbagebiets zusammengetreten. Natürlich besetzen sich diese Konferenzen, sobald sie schon stattfinden, auch noch mit anderen gewerkschaftlichen Fragen, daß sie wird für die jetzt erst beginnende geplant. Die für diese vorgesehene Tagessitzung lautet: 1. Die Formen der gewerkschaftlichen Organisationen — Gewerkschaften, Genossenschaften und gegenseitige Unterstützungs-

vereine. 2. Das Programm der Gewerkschaften — Festlegung der Arbeitszeit, Lohnfragen, staatliche Arbeiterversicherung, Arbeitslosigkeit, Handelsinspektion, Frauen- und Kindarbeit, Hygiene der Arbeit. 3. Die Taktik der Gewerkschaftsbewegung — Tätigkeit der Gewerkschaften in bezug auf die Aufbesserung der rechtlichen und ökonomischen Stellung der Handelsangestellten, Untersuchung der Arbeitsbedingungen, Sammlung und Verteilung von Material für Gewerbeausarbeitung, Schaffung eines Fachorgans für das ganze Gebiet. — In Helsingfors bereitet sich ein Vaterländischer Streit vor. In Wilna streiten die Arbeiter der Schneideverarbeitungen, in Astrachan die Böttcher.

## Vereinsgesellschaftliches.

Berichter Versuch, den Deutschen Textilarbeiterverband zu einem politischen Verein zu steuern. Gaulerter W. Neimes zu Krefeld hält beim Bürgermeister in Krefeld zum 29. November 1905 eine "öffentliche Versammlung für Arbeiter und Arbeiterrinnen" angemeldet. Die Annahme erfolgte auf einem Bogen mit dem Vorbruck: "Deutscher Textilarbeiterverband — Linksrheinischer Kanal". Der Bürgermeister teilte ihm mit, wenn Frauen an der Versammlung teilnehmen, hätte sie die Auflösung zu gewartigen. Die Versammlung sei als Versammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes anzusehen. Dieser aber wäre ein politischer Verein gemäß § 8 des Vereinsgesetzes, wonach Frauen nicht beitreten dürfen den Versammlungen und Sitzungen solcher Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern.

Die Versammlung, die unter Leitung Neimes begonnen wurde, verließ dann auch, als man die Frauen nicht entfernte, der Auflösung.

Neimes beschwerte sich vergeblich beim Landrat und auch beim Regierungspräsidenten zu Düsseldorf. Der Regierungspräsident erklärte, daß der Deutsche Textilarbeiterverband im Gegensatz zu den Behauptungen des Beschwerdeführers als politischer Verein gemäß § 8 des Vereinsgesetzes gelten müsse. Er gehörte zu den freien Gewerkschaften und erfahrungsgemäß (14) würden im Verband staatliche Einrichtungen und ihre Abänderung erörtern. Die Ortsgruppe Krefeld verfolge den gleichen Zweck wie der Verband selbst. Die Versammlung müsse als Versammlung des Vereins behandelt werden. Darauf, daß sie als öffentliche angemeldet sei, kommt es nicht an.

Neimes Nagle nummehr gegen den Regierungspräsidenten beim Ober-Verwaltungsgericht mit dem Antrage, die polizeiliche Verfügung und die Auflösung für ungültig zu erklären. Es werde bestehen, daß es sich um eine Versammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes handele. Es seien nicht bloß Mitglieder der ge-wesen. Indessen wäre das ja schließlich unerheblich, denn auf keinen Fall sei der Deutsche Textilarbeiterverband ein politischer Verein. Er sei eine Gewerkschaft und er verfolge gewerkschaftliche Zwecke. Wäre er ein Verein im Sinne des § 8, dann hätte man sicher schon etwas gegen ihn unternommen, da ein solcher Verein auch Frauen nicht als Mitglieder haben dürfe. Der Textilarbeiterverband habe aber 16 000 weibliche Mitglieder und nie und nirgends sei von den Behörden dagegen etwas unternommen worden.

In seiner Klagegegner widerstand sang der Regierungspräsident das alte Vieh weiter, nur noch einen Ton höher. Der Textilarbeiterverband steht, wie alle freien Gewerkschaften — so lang es jetzt — der sozialdemokratischen Partei sehr nahe. Er verfolge nicht nur die statutenmäßigen Zwecke, sondern suche, gleich den anderen freien Gewerkschaften, durch die Presse und durch Versammlungen auf die politische Gestaltung einzutreten. Beuglichkeit der Ortsgruppe sei das schon aus ihrer Zugehörigkeit zum Verbande zu schließen.

Rechtsanwalt Hüfner, als Vertreter des Rechtsanwalts Wolfgang Heine, wies in der mündlichen Verhandlung nochmals ein, gehend die "Gründe" des Regierungspräsidenten zurück. Bekannt wurde u. a. daß sich der Regierungspräsident in vagen Behauptungen, wie „gewißlos politischer Verein“ usw., eröffnet habe. Der erste Konvent des Oberverwaltungsgerichts hob denn auch in seiner letzten Sitzung den Beschwerdebescheid des Regierungspräsidenten auf und erklärte das Verlangen des Bürgermeisters, keine Frauen in der Versammlung zu dulden, sowie die Auflösung selbst für ungerechtfertigt. — Das bedeutet, daß das Gericht den Verband nicht für einen politischen Verein erachtet hat.

## Gerichtliches.

Wegen Betruges, begangen an dem Deutschen Textilarbeiterverband, hat sich ein Betreiberpaar vor dem Amtsgericht zu verantworten, vor dem seinerzeit im "Textilarbeiter" geworben worden war, leider zu spät. Der 27. Jahre alte Weber Falowitz aus Braunschweig und dessen Giebelie, die 33 Jahre alte, mehrfach verurteilte Weberin Pauline Höhne aus Niederruppersdorf, hatten bis zum 24. Januar v. J. in Frankfurt a. M. in einer Röhrstrafe Weberin Pauline Höhne aus Niederruppersdorf, hatten bis zum 24. Januar v. J. in Griesheim bei Frankfurt a. M. in Arbeit gestanden, diese aber dann aufgegeben und sich bei verschiedenen Stellen des Deutschen Textilarbeiterverbandes Unterstützungen erstanden, obgleich beide noch gar nicht die in den Statuten vorgeschriebene Zeit Mitglieder des Verbandes waren. In Frankfurt a. M. gaben sie dem Vorwarter der Zahlstelle an, sie seien in Griesheim plötzlich entlassen worden und befanden sich in einer Notlage, worauf sie 15 M. Unterstützung erhielten. Dem Kassierer des Textilarbeiterverbandes Bothe in Bieber bei Offenbach spiegelte sie vor, sie seien Mitglieder des Verbandes, seien in Raumhof bei Leipzig wegen ihrer Agitation für den Verband gehaftet worden und brauchten für sich und ihre beiden Kinder von neuem Jahren und einem Jahre Geld, um nach Apolda, wo sie Arbeit zu finden hofften, reisen zu können. Dadurch gelang es ihnen, 18 M. Reiseunterstützung zu erlangen. Ihnen gleichen Verzug haben beide noch in Eisenach verübt, wegen dessen sie aber dort schon bestraft worden sind. Von Eisenach begaben sie sich nach Meerane, wo sie den Bevollmächtigten der Textilarbeiter, Holl. Steher, aufsuchten und ihm angaben, die Höhne sei infolge ihrer Tätigkeit für den Verband in Griesheim gemahrgeltet worden, ihr Mitgliedsbuch liege beim Centralvorstand in Berlin usw. Steher war aber vorsichtig genug, zunächst telefonisch in Berlin anzufragen, wobei sich die Unwahrheit der Angaben herausstellte. Er veranlaßte nunmehr die Teilnahme des Schwinderl. Nach einer umfangreichen Beweisaufnahme gelangte die zweite Stra

ianischen Südstaaten, Herrn Harvie Jordan, und Herrn C. B. Barret, und Referate der Baumwollkultur. Zu letzterem Programmpunkte erstattete Herr Henry Higgins (England) den Bericht der British Cotton Grotting Association, Herr Morris Schanh (Deutschland) den Bericht des kolonialwirtschaftlichen Komitees, Herr Maigret den Bericht der französischen Kolonial-Baumwollgesellschaft, Herr Baron Canton (Italien) den Bericht der italienischen Gesellschaft für Baumwollkultur in Griechenland, und Herr Tirelli (Amerika) hatte das Referat über die Ausdehnung der Baumwollkultur in den Südstaaten von Nordamerika. Die Herren Roosé und Charles aus Amerika, sowie Herr Miggeler aus Italien sprachen über den Transport von Baumwolle. Es wurde allgemein die Forderung aufgestellt: daß die amerikanischen Verkäufer verpflichtet werden, mit den Konsumenten Frachtbriebe abzuschließen, welche die vollkommene Garantie der pünktlichen Lieferzeit und der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen sichern. Der kaiserliche Rat Bosch führte aus, es könne aus Belegen nachgewiesen werden, daß angeblich im November aufgegebene Baumwolle vier bis fünf Monate lang nicht an den Adressaten gelangt ist. Es komme auch vor, daß mit der Verfrachtung ganz andere Schiffahrtsgesellschaften betraut sind, als die im Frachtbriebe angegebenen. So haben sich ganz ungünstige Verhältnisse im Baumwolltransporte entwickelt, die entschieden beseitigt werden müssen. Dem Spinner entstehen durch das bisherige unreelle Verfahren bedeutende Verluste, und es sei daher notwendig, daß auch der Kongreß gegen diese Unzulässigkeiten Stellung nehme und eine Reform hinsichtlich der von den Schiffahrtsgesellschaften ausgestellten Frachtbriebe (Baumwollassessments) herbeiführt werde. Seitens eines Redners wurde betont, daß gegen die Schiffahrtsgesellschaften, welche derartige unreelle Verhältnisse unterstützen, mit dem Wohlstand vorgegangen werden soll, doch wurde dieses Mittel als ungeeignet bezeichnet. Kommerzienrat Stuhler lobte hervor, daß durch das jetzige System geradezu der Betrug unterführt werde. Er pflichtete den Forderungen nach Herbeiführung von Reformen bei, damit auch der Wunsch, den die Amerikaner gewußt, daß die Spinner direkt mit ihnen in Verbindung zu treten aben, in Erfüllung gehen könne. Herr Macalister (England) leitete ein Referat über Ersparnisse infolge verbesserter Wallenverarbeitung der amerikanischen Baumwolle, dann folgte ein Referat über Organisation der einzelnen, dem internationalen Verbände angehörenden Vereine. Über Feuerversicherung der Baumwollanbauereien und über Garn- und Tücherkontrakte wurde verhandelt. Der Präsident der Southern Cotton Association Jordan (Atlanta) erklärte, Amerika werde nicht mehr zugeben, daß der Preis der Baumwolle von einer Gesellschaft von Spielern und Spekulanten bestimmt werde, die weder an der Produktion des Rohmaterials noch an dessen Verarbeitung beteiligt sei.

## Bemühungen der Unterstützung der S

mittliche die Streitunterhaltung der Einkommensteuer? Die Beileitung des Centralverbandes der Maurer in Dresden hat das sächsische Finanzministerium eine Eingabe gerichtet, in der diese Frage aufgeworfen war. In der jetzt darauf eingegangenen Antwort läßt das Finanzministerium diese Streitfrage in einem der Arbeiterschaft günstigen Sinne, entscheidet aber auch, daß im Gegensatz zu einer weitverbreiteten Auffassung die zur Verbandsliste gezahlten Beiträge keine abzugsfähigen Ausgaben im Sinne des § 15, Ziffer 1 und 8, des Einkommensteuergesetzes seien. Das Schriftstück des Ministeriums hat folgenden Wortlaut:

Auf die in der Einlage vom 18. März 1907 enthaltene Anfrage wird dem Vorstand des Centralverbandes der Maurer Deutschlands für den Gau Dresden mitgeteilt, daß die Steuerpflichtigkeit der aus der Verbandsklasse an ausständige Maurer gewährten Unterstützungen nach § 19 Biffer 8 des Einkommensteuergesetzes zu beurteilen ist. Dieser Bestimmung zufolge sind die bezeichneten Unterstützungen in der Hand ihrer Empfänger steuerpflichtig, wenn sich der Verband zu ihrer Verabreichung rechtsgültig verbindlich gemacht hat, den Empfängern also ein klagbares Recht auf jene Unterstützungen zusteht. Leistet diese Voraussetzung nicht zu, so sind die gezahlten Unterstützungs beträge kein Bestandteil des steuerpflichtigen Einkommens der Empfänger, sondern gehören zu den in § 15 Biffer 2 des Einkommensteuergesetzes erwähnten außerordentlichen Einnahmen. Sollten solche freiwillig gewährte Unterstützungen gleichwohl dem steuerpflichtigen Einkommen der Empfänger hinzugerechnet werden sein, so ist den letzteren anhinzugeben, ihre Einschätzung in geordneten Rechtsmittelwege anzusehen.

### **Finanministerium, I. Abteilung**

Dr. Schroeder.

Wohl in leitner der deutschen Gewerkschaften steht den Mitgliedern ein klagbares Recht auf die Unterstützungen zu, die Streitunterstützung sowohl wie alle übrigen Unterstützungen sind also in Regel als steuerfrei zu betrachten. Was aber die Beiträge der Verbandsklasse betrifft, erscheint es uns doch nicht unbedenklich, ohne weiteres den Gesamtbetrag als nicht abzugänglich zu erkennen. § 15, Ziffer 3a, des Einkommensteuergesetzes bezeichnet als abgänglich „die von den Beitragspflichtigen gesetz- oder vertragsgemäß zu leistenden Beiträge zur Kranken-, Unfall-, Berufs- und Invalidenversicherung, Witwen-, Waisen-, Pension- und Sterbehilfe“. Zu einer Reihe von Gewerkschaften besteht aber die Krankenunterstützung, in etwigen Fällen auch die Invalidenunterstützung und Sterbehilfe. Ob dem Wortlaut und dem Sinn des angezogenen Paragraphen müßte also mindestens der Teil des Verbandsbeitrags, der auf diese Unterstützungsäste fällt, abgängig sein. Sind diese Beiträge auch keine geschlichten, so doch vertragsgemäßige, denn es kann wohl nicht bestritten werden, eine Person mit ihrem Eintritt in eine Gewerkschaft mit dieser Vertragshälfte eingehst, das auf, wenn auch nicht klagbarer, Leistung und Gegenleistung beruht.

Sonach erscheint uns die Entscheidung des Ministeriums zu-

Sonstig erweckt uns die Entscheidung des Ministeriums an-  
bar und wert, durch ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts  
reiziert zu werden.

Das Ende der freien Gewerkschaften steht nahe bevor!  
gerliche Zeitungen berichten vereinstens: „Im Verzogtum  
unschweig gibt es rund 1000 christlich organisierte Arbeiter, die  
er an Zahl weit hinter den in den sozialdemokratisch gerichteten  
Gewerkschaften zusammenge schlossen zurückstehen, aber doch  
den „Genossen“ sich schon Respekt zu verschaffen gewußt haben.  
der frische Geist, der durch diese christlichen Organisationen  
läßt es hoffen, daß bald auch noch an anderen Orten neuen  
rollen glänze die der christlichen Gewerkschaften geblieben und  
möglich die rote Fahne herunter geholt wird.  
mög nur aufzubrechen, in gewissen Kreisen die Arbeitgeber als  
atsburger zweiter Klasse anzusehen, und mög ihre Forderungen  
Gleichberechtigung im wirtschaftlichen, sozialen und öffent-  
lichem Leben als berechtigt anerkannt und erfüllt. Dann wird  
nicht allzuferner Zeit die Sozialdemokratie  
der Arbeiter ausgewirkt haben  
weder die Arbeitervorsteher, noch eine Ar-  
terpartei mehr sein, sondern eine Partei  
zufriedener, verbitterter Großstadtbürgerte,  
die immer gegen sie hat und geben will.  
nug berechtigt diese Hoffnung ist, zeigt der Ausfall der  
eutschen preußischen Wahlen nicht nur in Westfalen, in Sachsen,  
ern auch in Russland und Österreich. In Westfalen hat sich die  
Sozialdemokratie als Arbeitervorsteher plausibel gehalten, in Oester-  
reich hat sie 85 Abgeordnete habt und ist damit zum statuiren  
Kongreß 90 Mandate erobert. Den Christen ist zu raten, ihre  
die Phantasie abschütteln auf daß es ihnen mit der Ent-  
scheidung des Oberverwaltungsgerichts

widlung ihrer Christenorganisation nicht so geht wie in Berlin wo man das Arbeitssekretariat der christlichen Gewerkschaften am 1. April d. J. wieder aufgehoben hat, weil, nun weil die Arbeiter dasselbe einfach links liegen lassen. Vielleicht erzählt Herr Viermann seinen Schäfchen auch vor diesem „Fortschritt“ der christlichen Gewerkschaften ein wenig, deren Wachsen schließlich die Sozialdemokratie beseitigen soll.

Ein „Vater seines Arbeiters“. In einer Porzellanarbeiterver-  
sammlung im Gräfetal in Thüringen wurden geradezu unglaubliche Verhältnisse berichtet: Der Unternehmer Schneider hat es sein  
Nahezehnten verstanden, die Arbeiterinnen in der unerhöhtesten  
und schamlosesten Weise auszunutzen. Gerichtlich ist festgestellt,  
dass er mit 62 geschlechtlich verkehrt hat; Mefulta  
50 Kinder. Eltern und ältere Schwestern haben ihre jüngeren  
Töchter bezw. Schwestern direkt mit dem Unternehmer verkuppelt.  
Wenn ein Mädchen heiratete, belam es 600 M., wenn es aber  
keinen Mann bekommen konnte, zahlte Schneider ihnen 1200 M.  
Er war im wahren Sinne des Wortes der Vater seines Arbeiters.  
Kein Wunder, dass unter solchen Verhältnissen die Unternehmungen  
nicht in stande sind, die beschuldigten Forderungen der Arbeiter zu  
erfüllen. Es lebe Religion, Sitte und Ordnung!

## Mißstände im Textilgewerbe.

Bei der Firma J. G. Raach sind keine Handfeger vorhanden, ebenfalls sind die Puhlappen ungenügend. Beim Geschirrwechsel müssen die Weber alles mit Wändern befestigen, da diese Firma es nicht für notwendig hält, Geschirrhalen anzuschaffen.

## Berichte aus Fachkreisen.

Filiale Barmen. Am Samstag, den 15. Juni, feiert die Filiale ihr diesjähriges Sommerfest in der „Stadthalle“. Vor Seiten des Festausschusses sind die umfangreichsten Maßnahmen getroffen worden, um jedem Kollegen und dessen Angehörigen einige angenehme, fröhliche Stunden zu bereiten. Das Fest beginnt um 6 Uhr nachmittags. Ihre freundliche Mitwirkung haben zugesagt: Die Gesangvereine „Einigkeit“ und „Proletaria“, Barmen, die Turnvereine „Vorwärts“ und „Wendhauer Turnverein“. Bei eintretender Dunkelheit findet eine prächtige Illumination des Plateaus statt. Um 9½ Uhr: Abbrennen eines Brillant-Feuerwerks. Im Saal: Großer Festball. Es darf wohl erwartet werden, daß das Haushalt gefüllt wird, zumal der Preis der Karte ein beträchtlich geringer ist, daß es jedem Kollegen möglich gemacht ist, an dem Feste teilzunehmen.

Bosum. In der Versammlung der Filiale sprach Genosse August v. d. Berg über die Sozialpolitik des neuen Reichstages. Er führte den Anwesenden vor Augen, wie der vergangene Reichstag in sozialpolitischer Hinsicht nichts ... an, der neue Reichstag werde in der Beziehung nicht mehr lehnen. Swarz hätten die Vertreter und die Presse der bürgerlichen Parteien zur Zeit des Wahlkampfes dem Bruder Arbeiter alles versprochen, aber gehalten werde, die immer nichts. Welche Stimmung in den Kreisen herrsche, sehe man am besten an dem Aussperrungsfieber, welches die Unternehmer befallen habe. Für den Arbeiter komme nur die sozialdemokratische Partei in Betracht, denn diese sei die einzige, welche die Rechte des arbeitenden Volkes vertheidige. Darum sei es Pflicht eines jeden Arbeiters, der sozialdemokratischen Partei beizutreten, Mitglied des sozialdemokratischen Volksvereins zu werden und die sozialistische Presse ("Volkstribüne") zu abonnieren. Jeder habe aber auch die Pflicht, für die Partei zu agitieren, damit die Sozialdemokratie im nächsten Reichstage so stark werde, um aus eigener Kraft für den Arbeiter Gutes zu schaffen.

Mr. Gladbach. Die Firma Mr. Erleleng, die vor einiger Zeit von Arbeitern Versprechungen in bezug auf bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen machte, hat dieselben noch nicht erfüllt. Die Weber, die aber nicht gewillt waren, sich länger hinzuhalten zu lassen, reichten am Sonntag, den 1. Juni, die Ründigung ein. Die Firma bewilligte flügerweise die Forderungen. Da aber die Schuhfirma eine neue Einrichtung darstellen, so soll der richtige Lohnziffer auf Grund derselben noch erweitert werden. Wir ersuchen deshalb, bis dahin den Betrieb zu meiben.

M.-Gladbach. Die „Textilarbeiterzeitung“, das Organ des christlichen Textilarbeiterverbandes, berichtet über eine Unzahl Betriebe, die nach der Aussperrung Lohnverhöhungen durchgedrückt hätten. Es soll damit der Beweis erbracht werden, daß das Geheimtum der „Freien“, die Arbeiterschaft hätte ihre Position geschwächt, nicht wahr ist. Sie schreibt: Nachdem der Streit der Firma M.-Gladbachsche Wollindustrie vom 2. Josten beendet war und die Kündigung beiderseitig zurückgenommen werden mußte, wurde von Seiten der „Freien“ die Behauptung aufgestellt, die Arbeiter hätten ihre Position nicht ausüben können. Dass dieses Manöver darauf errechnet war, die Unzufriedenheit zu schüren und den „freien“ Verband als den alleinseligmachenden hinzustellen, soll nur nebenbei bemerkt sein. Nun, verehrte „Textilarbeiterzeitung“, die Großvrecherl, deren Sie sich erbreisten, soll wohl bezweilen, die begangene Schandtat der Christlichen während der Aussperrung in M.-Gladbach anders darzustellen, als es von uns geschehen ist. Wir sehen wie vorher auf dem Standpunkt, daß man durch die gegebene Unterschrift die Arbeiterschaft in ihren Bestrebungen gehindert hat. Diejenigen, die an ihrer Kündigung festhielten, wurden auf 8 Wochen ausgesperrt. Es steht der „Christlichen Textilarbeiterzeitung“ schlecht an, diejenigen, die den Unternehmern zu solchen Maßnahmenmitteln verhelfen, zu verteidigen und durch Brählerei diese Tat zu verschleieren. Was wirn den grätesten

Prüftet diese Zeitung berücksichtigt, was nun den größten Teil der genannten Betriebe anbelangt, wo nennenswerte Lohnhöhungen durchgesetzt wurden, so sind diese nicht auf das Konto der „Christlichen“ zurückzuführen. Die Belegschaften haben es nun größten Teils der energischen Vertretung durch die Ausschusmitglieder zu verdanken, und diese sind meistens Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Die „Christliche Textilarbeiterzeitung“ würde deshalb besser tun, vorsichtiger mit ihren Behauptungen zu sein. Die Arbeiter einer Anzahl genannter Betriebe, von denen man berichtet, sind sehr unzufrieden. Dies ist am deutlichsten daraus zu erkennen, daß man dort in den letzten Tagen Aussicht zu dem schlecht zu verarbeitenden Material und den miserablen Lönen, die dabei herauskommen, sucht. Dies scheint die „Christliche Textilarbeiterzeitung“ oder ihr Verlegerstatter nicht zu wissen. Im übrigen sind die Christlichen mit den Unternehmern ein Herz und eine Seele. Gibt es doch Fabrikanten, so die Firma Christian u. Hanrath, die nur christlich Organisierte und unorganisierte in ihrem Betriebe duldet. Diejenigen, die einer Organisation anderer Richtung angehören, müssen entweder aus dieser Organisation austreten oder die Arbeit verlassen. Dieser Mehlk, den die „Arbeiterorganisation“ vor den Unternehmern hat, kann nur bei den „Christlichen“ vorkommen. Gelegentlich der Aussicht waren es gerade Unternehmer, die den „Christlichen“ sehr stehen, die aber trotzdem ihre Arbeiter mit aussperren. Sind doch die Stützen der Zentrumspartei, die ihre Frommigkeit bestätigt, davon überzeugt, daß sie an katholische Klöster verweile Stütze verschaffen und dafür ein Papstbild verlichten bekommen, welches in den Fabrikräumen zu hängen. Trotzen die Arbeiter einmal die Fabrikanten um eine Lohnhöhung heran, so stellen die katholischen Führer denselben einen Besuch ab, trotzdem auch andere Organisationen in Frage kommen. Was dann hinter verschlossenen Türen für die Arbeiter herauskommt, ist fassbar bekannt. Wir können es der „Christlichen Textilarbeiterzeitung“ nachfühlen, wenn diese frommen Stützen in der Öffentlichkeit so hinstellen, als ob nur paradiesische Verhältnisse dort herrschten. Wicht man aber hier die Julissen, so zeigen sich die Dinge ganz anders. Gerade Aussicht hat auch den Christlichen den Verdacht erweckt, daß die Unternehmer, wenn sie zu dem Mittel der Aussperrung greifen, keine Ausnahme machen, ihre eigenen Glaubensgenossen der „christlichen“ Nachstellenliebe spüren zu lassen. Gleichzeitig

wollen wir noch feststellen, daß die Position der Arbeiter nicht allein geschwächt war durch die gegebene Unterchrist, sondern auch die der Christlichen selbst. Mußte doch Schiffer, wo es gall, der Arbeiterschaft von der großen Errungenschaft Kunst zu geben, zugeben, daß die Kampfesstimmung nicht mehr vorherrschend wäre. Alle Größen, so Höhling, Bisch, Sistinen, Stamps und Hermes, die herbeigeeilt waren, um sich aus M.-Gladbach sein Blümchen zu machen, hatten das Glück, vor einer Hörerversammlung von 30-60 Personen in jedem Lokal über die bösen Deutschen zu schimpfen. Thüringen und Sachsen mußten herhalten; dort hielten wir die Mehrheit, und die M.-Gladbacher Arbeiterschaft könnte nicht mehr erreichen, weil dort die Konkurrenz vorherrschend wäre. Diese Behauptung, die duhendmal schon widerlegt worden ist, gebüdet zum eisernen Bestand der Christlichen. Wie erlauben uns deshalb, hier etwas nachzuholen. Gelegentlich der Verhandlungen, während der Ausperrung, im Weitauftor der Firma Josten, äußerte sich sehrer zu den Christlichen: „Warum dulden Sie in Betrieben hier am Ort das Zweistuhlsystem und mir wollt Ihr es nicht einführen lassen? Unsere Konkurrenz ist nicht in Thüringen und in der Lausitz, und ehe man bei uns anfängt, sollten Sie da mal bemüht schaffen, die Ihnen viel näher stehen!“ Die Christlichen waren nicht imstande, einen Gegenbeweis zu erbringen, aber der Arbeiterschaft brägt man solche Blümchen vor. Daz man auch andere kann, beweist eine Lohnbewegung, vor langer Zeit bei der Firma Severein u. Hansen durchgeführt. Dieselbe verwies auch auf die Konkurrenz in Thüringen und der Lautsitz, und hier war es der Besitzvorschende Hermes, der ihr die Neuherzung der Firma v. Josten entgegenhielt.

Die Arbeiterschaft ersieht auch hieraus wieder, mit welchen un-  
ehlichen Motiven man hausieren geht. Wir können der „Christi-  
lichen Tegularbeiterzeitung“ und ihrem Verlegerstatter nur  
empfehlen, ehe man über den Gegner sucht zu schimpfen, es  
wenigstens so macht, daß auch der Allerdümmlste es über solche  
Prahlerereien nicht merkt, daß man davon nicht profitiert. Deshalb,  
verehrte Tante und Verlegerstatter, schweisen Sie nicht in die  
Ferne, denn, wie Sie wissen, liegt das Gute sehr nahe.

Hainichen. Der hiesige Fabrikantenverein hat in einer ganzen Anzahl Zeitungen folgendes Anserat etlassen:

"Dauernde, gut lohnende Arbeit für Weber und Webertinnen, Spinnerei-, Färber- und Appreturarbeiter sowie für Arbeiter in Holzwarenfabriken, Tapetenfabriken, Radelschreinen, Zigarettenfabriken, Lederfabriken und Eisengießerei ist in der Stadt Hainichen bei willigen und gesunden Wohnungsverhältnissen vorhanden. Für Familien besonders günstig, da namentlich auch weibliche und jugendliche Arbeitskräfte reichlich Gelegenheit zu leichter, gut lohnender Beschäftigung finden. — Arbeitsnachweis kostenlos durch den Fabrikantenverein zu Hainichen.

Geschäftsstelle: Bismarckstr. 1." Aus diesem Inserat geht deutlich hervor, daß man gern auswärtige Arbeiter hierher lotsen möchte, vor allem aber Textilarbeiter. Wie sieht aber die gut lohnende Arbeit in dieser Branche aus? Da gibt es noch Löhne von 6—10 Ml. pro Woche; in einigen Fabriken, wo noch etwas mehr verdient wird, ist überhaupt kein Mangel an Arbeitern. Wer da mal frank wird, kann nur von Glück reden, daß er wieder an seinen Arbeitsplatz kommt.

doch hinzudenken, daß gerade durch die schlechten und miserablen Löhne die hier geborenen Arbeiter gezwungen worden sind, Hainichen zu verlassen und sich um lohnendere Arbeit und mitunter auch um bessere Behandlung zu kümmern. Der Unstand, daß dieser Bezug der Arbeiter mit ihren Familien immer noch anhält, ist wohl der beste Beweis dafür, daß von gut lohnender Arbeit nicht die Miete sein kann. Daß einige Fabriken an Arbeitermangel leiden, ist eben eine Folge der bisher gehöhlten schlechten Löhne; hätten die hiesigen Fabrikanten immer so ein warmes Herz für die einheimischen Arbeiter gehabt, wie sie es in dem Insferat zur Schau tragen, so würden sie jetzt Arbeitskräfte genug haben. Und die Einwohnerzahl von Hainichen würde nicht immer zurückgegangen sein. Denn hier ist es zum weitaus größten Teile so: wenn ein junger Mann nach beendeter Lehrzeit von hier fortmacht, so kommt er für gewöhnlich nicht wieder nach Hainichen, um sich bei der „gut lohnenden Arbeit“ zu mästen. Weiter wird auch in dem Insferat des Fabrikantenvereins auf billige Wohnungsverhältnisse hingewiesen. Nun, auch hier weiß der Einheimische am besten, doch die Miete immer gestiegen ist in den letzten Jahren und mit vielen anderen Städten auf gleicher Stufe steht. Auch bestehen die meisten Wohnungen noch aus Stube und Wodenlammer. Da wo zur Wohnung Kücheneinrichtung gehört, muß auch ganz anständige Miete gezahlt werden.

Ustes in allem genommen ist das Inserat weiter nichts, als Schönsäferei gegenüber auswärtigen Städten. Wahrscheinlich soll es auch noch den Zweck verfolgen, durch Schilderung des Arbeitsmangels, Unternehmer, welche Lust verspüren könnten, hier Betriebe einzurichten, davon abzuhalten. Die Hainichener Arbeiterschaft wünscht aber sehrleicht, daß noch recht viele neue Unternehmungen hier errichtet würden, was wohl nicht allein für die Arbeiter, sondern auch für alle übrigen Geschäftszweige und für die Stadt Hainichen selbst von Nutzen sein würde. — Wer also Lust verspüren sollte, hierher zu kommen, um in „gut lohnende Arbeit“ zu treten, tut am besten, er erkundigt sich erst bei dem Obrigkeitlichen.

verbene mit einer ausdrücklichen wurde durch diese anderen versezt. Godann wurde beschlossen, nächsten Herbst eine öffentliche Versammlung zu arrangieren. Im weiteren wurde der Beschluss gefaßt, am 30. Juni eine Partie nach Waldheim zu unternehmen, wogu schon hierdurch alle Kollegen und Kolleginnen freundlich eingeladen sind. Die künftigen Versammlungen zu besuchen sollten auch alle Kollegen und Kolleginnen zur höchsten Pflicht machen.

Mulfengrub-St. Jacob. Am Sonnabend, den 25. Mai, tagte wieder die regelmäßig stattfindende Monatsversprechung, welche erfreulicherweise sehr gut besucht war. Kollege Kraupe-Biedau sprach über: „Bund und Ruhm des Bergarbeiterverbandes“. Nach dem mit großem Erfolg aufgenommenen Vortrage wurde in der Diskussion vom Kollegen Albin Freitag beantragt, ein Agitationskomitee zu wählen. Der Antrag wurde nach einer regen Diskussion über die wirtschaftlichen Verhältnisse ebenso angenommen. Der zweite Punkt der Tagesordnung hervorholte einen Antrag der eingesetzten Geschäftskommission, die Zahl des Geschäftsführers durch die Kommission vornehmen lassen. Der Antrag wurde schließlich, nachdem sich mehrere Kollegen und wiber ausgesprochen hatten, mit 20 gegen 5 Stimmen angenommen. Mehrere Teilnehmer enthielten sich der Abstimmung. Unter „Verschiedenes“ wurde ein gemeinschaftlicher Ausflug nach Böhlen-St. Micheln beschlossen. Die Thuner und Biedauer Kollegen sollen hierzu eingeladen werden. Am Wiegandschen Waffens soll ein Tanzkränzchen arrangiert werden. Nach der Wahl einer sechsgliedrigen Agitationskommission wurden noch die Absenden am Schluß dieser interessant verlaufenen Versprechung rege Agitation aufgesorbert. Jeder einzelne Kollege müsse darüber, daß die Zusammenkünfte sehr gut besucht werden, auch von unbefreiten Kollegen. Der personale Zwist müsse unterbleiben im Interesse der Organisation. Der organisierte Kollege habe die Pflicht, neue Mitglieder für den Verband zu werben. Nur wenn das mit Erfolg geschehe, werden sich die Mülfgener, Eggers, Biedauer, achtunggebietend im Unternehmer aufgegertreten können. Das ist um so notwendiger, da schon wieder Agenten für eine große Spinnerei in Jacob Gründlück anfallen wollen.

Neumünster. Am 25. Mai fand unsere Mitgliederversammlung statt. Dieselbe war nur mäßig besucht. Es wurden 99 Mitglieder

angeneommen. Aus dem Kartellbericht ist zu entnehmen, daß das diesjährige Gewerkschaftsjahr am 28. Juli stattfindet. Der Eröffnung eines Arbeitertreträts von Seiten des Kartells steht die Wahlzähmung unpathetisch gegenüber, jedoch wird gewünscht, daß in einer öffentlichen Gewerkschaftswahlzähmung die Sache eingehend erörtert wird. Hieran findet die Erwähnung von 2 Kartelldelegierten sowie eines 2. Vorsitzenden, 2. Schriftführers und 2. Beisitzenden statt. Außerdem gab der Geschäftsführer einen Bericht über unsere Bewegung. Es haben eine Anzahl Fabrikbesprechungen stattgefunden, um Verbesserungen für die Arbeiter zu erreichen. Leider muß festgestellt werden, daß ein Teil der Arbeiter diesen Besprechungen fernbleibt und damit beweist, daß es wenig Interesse daran hat, seine Lage zu verbessern. Besonders die im Bodenlohn lebenden Arbeiter und Arbeiterrinnen hätten alle Ursache, dafür einzutreten, daß die niedrigen Löhne etwas aufgebebt würden. Dass noch vieles zu erreichen ist, wenn die Arbeiter zusammenstehen, geht doch daraus her vor, daß in mehreren Betrieben Lohnverhöhung stattgefunden haben. Ebenfalls haben die Weber der Firma W. Simons durch ihr einmütiges Handeln erreicht, daß für eine Arbeit jetzt 12 Pf. mehr pro 1000 Schuh bezahlt wird, und es ferner verhindert, daß auf eine andere Ware abgezogen wurde.

**Reinhard (D. Schl.)** In der Zusammenkunft am 2. Juni wurde über die Vorbereitungen zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung berichtet. Die Unterlasser wurden demnach angewiesen, den ihnen unterstehenden Mitgliedern die erforderlichen Anweisungen für die am 12. Juni zu diesem Verhältnis vorzunehmende Arbeitslosenzählung bei Ausfüllung der Karten zu geben und eventuell behutsam zu sein, um endlich einmal ausreichendes Material als Unterlage für die Einführung der fast allgemein als notwendig empfundenen Arbeitslosenunterstützung verschaffen zu lassen. Hierauf entwickelte sich eine angeregte Debatte über die bei der hiesigen Textilfirma vorherrschende ungleichmäßige Heranziehung an den Beiträgen zur Kranken- und Invalidenversicherung, wozu der Bevollmächtigte mit ausführenden Informationen diente, woran nach Erledigung noch einiger interner Angelegenheiten die Besprechungen endeten.

**Pöhlner**, Freitag, den 24. Mai, stand eine außerordentliche Generalversammlung statt. Es wurden zunächst drei Ausschusmitglieder gewählt, da einige von den alten nicht mehr mitmachen wollten. Sodann referierte Kollege Gauleiter Breitbach eider über den Gewerkschaftsstatus, der in Berlin abgehalten wurde. Gemeinführungen wurden mit Interesse verfolgt. Es wäre gut, wenn im Laufe des nächsten Winters über jeden dort verhandelten Punkt ein gesonderter Bericht gehalten würde. Unsere nächste Versammlung, welche Sonnabend, den 8. Juni, stattfindet, hat wieder einen für die Textilarbeiter Pöhlner sehr interessanten Verhandlungsgegenstand. In der Generalversammlung der Textilarbeiter-Kontrollstelle ist, da man nicht mehr mit dem Gelde auskommen kann, beschlossen worden, die Beiträge zu erhöhen. Dass es mit dieser Beitragsverhöhung nur abgetan ist, ist wohl kaum anzunehmen. Wie ja bekannt ist, läuft im nächsten Jahre der mit den ersten abgeschlossene Vertrag ab, und wollen die Verträge den Vertrag mit der Fasse nicht wieder erneuern, sondern befähnlich höhere Ansprüche stellen. Da ist es nun wohl an der Zeit, daß wir uns einmal darüber gründlich aussprechen. Dazu gehört aber zuerst, daß die Kollegen und Kolleginnen sich an unseren Versammlungen beteiligen und dort auch ihre Meinung zum Ausdruck bringen. Denn wenn alles teurer wird und die Löhne nicht steigen, ist es wohl kein Wunder, wenn eine Krankenkasse, die noch dazu zur größten Hälfte aus weiblichen Mitgliedern besteht, nicht mehr auskommen kann. Hier ist es wohl nötig, daß wir einmal den Hebel ausüben, aber dazu brauchen wir die Hilfe aller Kollegen und Kolleginnen; denn nur durch verkürzte Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes ist es möglich, die Arbeiterschaft kräftiger und widerstandsfähiger gegen Krankheiten zu machen. Darum auf zur Aktionat für unseren Verband!

**Rhein i. W.** Die Ortsverwaltung hat eine Neuteilung der Unterlasserbezirke beschlossen. Diesen Kollegen und Kolleginnen, die gewählt sind, den Posten eines Bezirksstafetters zu übernehmen, wollen sich beim Kollegen Resseling melden oder Freitagabends 8-9 Uhr in der "Hölle". Vertreter werden über unregelmäßige Rüstung der Zeitung und dergleichen nehmen die Kollegen Ludvig Pilger, Feldmark, Dutum 41, Richard Hammer, Tiermauer 19, und die Kollegin Helene Uppmann, Gutsstraße 18, entgegen.

#### Die Ortsverwaltung.

**Stadtoldendorf.** (Wohlbewegung der Textilarbeiter.) Seit vier Wochen tot der Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Die Firma A. J. Mölschil Söhne scheint es nicht über sich gewinnen zu können, ihren Arbeitern die durchschnittliche Lohnforderung von 16 Proz. zu bewilligen. Dass sie nicht willigen können, sagt die Firma wohlweislich nicht. Hat doch ein Mitinhaber der Firma einen Arbeiter gegenüber geäußert: Wir können wohl mehr geben, aber wir haben nicht nötig. Nun, Ihr Arbeiter, meint Euch das! Dass die Firma bewilligen kann, das beweist uns der Geschäftsbericht von 1906, nach welchem ein Fabrikationsgewinn von 548 153 M. erzielt wurde. Diesen Gewinn haben 650 bis 700 Arbeiter erzielt, während diese nur ein täglicher Durchschnittslohn von 2.19½ M. gezahlt wurde. Die Arbeiter haben alles Mögliche versucht, um diesen Kampf zu vermeiden. Da der Parteidienst der Firma ist jedoch alles gescheitert. Hat doch Herr Wolff sich der Lohnkommission gegenüber geäußert, er lasse sich von seinen Arbeitern keine Vorschriften machen, er wolle Herr im Hause bleiben. Fragen wir uns doch einmal, wer hat denn diese Leute zu Herren gemacht? Vor circa 40 Jahren konnte man hier nur die Hausindustrie. Da konnte man in Stadtoldendorf und Umgegend noch keine direkten Wohnhäuser, sondern nur selbständige Weber. Aber auch zu der Zeit verstanden es schon verschiedene Leute, sich auf Kosten dieser selbständigen Weber zu bereichern. Während man diesen Webern möglichst niedrige Löhne zahlte, sicherte man sich beim Verlauf möglichst hohe Profite. In den siebziger Jahren wurde die jetzige mechanische Weberei gegründet. Zu Anfang ließen in derselben 30. bis 40 Webstühle, jetzt ziemlich 800. Die Firma verfügt jetzt über ein Aktienkapital von 2 400 000 M. Wenn man nun in Betracht zieht, daß mit genanntem Betriebskapital ein Jahresertrag von 400 180 M. erzielt wurde, während der Durchschnittslohn eines im Betriebe beschäftigten Arbeiters, nach den von der Firma ausgestellten Lohnbüchern berechnet, 620 M. beträgt, so können wir mit Aug und Recht behaupten: Nur die Textilarbeiter von Stadtoldendorf und Umgegend haben diese Fabrikanten zu Herren gemacht. Wollen sie diese Arbeiter nicht noch ferner als willenlose Menschen dem Unternehmertum für läufige Lohn verlaufen, dann Kollegen und Kolleginnen, halten fest an Eurer Organisation! Doch auch denjenigen, die es heute noch vorziehen, ihren kämpfenden Kollegen und Kolleginnen in den Rücken zu fallen, auch diesen gilt unser Ruf: Schließt Euch unserer Organisation an! Denn vereinigt sind wir nichts, vereinigt alles!

Am 22. d. M. morgens 8 Uhr, ist in der Weberei eine Betriebszehrung vorgekommen, indem aus einem Hauptbetriebsraude die Männer herausgerissen. Da nun in diesem Raum ein organisierter Kollege beschäftigt ist, so lag für die Betriebsleitung gleich der Verdacht vor, daß die Sitzung absichtlich verbreitigt worden sei. Es wurden denn auch gleich zwei Gendarmeren herbeigeholt. Wenn aber ein Arbeiter infolge mangelnder Betriebs-einrichtung seine Gesundheit im Betriebe lassen muß, dann schlägt die Betriebsleitung nicht nach der Gendarmerie. Doch das, Bauer, ist auch etwas anderes. Arbeiter sind jederzeit zu erscheinen. Doch Ihr Kollegen und Kolleginnen von Stadtoldendorf und Umgegend, fest zusammengehalten, dann muß der Sieg unser werden!

**Großdölln i. Sa.** In der "Gewerkschaftspinnerei" in Großdölln scheinen die Ultimata zufrieden zu werden. Nachdem der Chef Bruno Dicks, der während des Streiks amtierte, von seinem Posten zurücktrat, ist nun auch der technische Leiter Salomon "gegangen", oder "gegangen worden"? Der Vorsteher, der während des Streiks seine Arbeitsschläge so außerordentlich sorg-

fällig bewachten konnte, hat ebenfalls den Abschied bekommen. Über der Brücke scheint noch weiter zu gehen! Der Spinnereibesitzer Alfred Schön, der an die Stelle des abgedankten Dicks trat, ist am Freitag, den 24. Mai, mit dem Fabrikbesitzer Pöhlner aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Der letztere hatte bekanntlich 2 Spinnereien seiner Spinnerei in Süppertsgrün an die Baumwollspinnerei während des Streits verborgen. Was so ein Streit doch für unangenehme Schattenseiten hat! Wer von den "siegereichen" Helfern der Unternehmer wird jetzt wohl über die Klinge springen müssen?

#### Briefkästen.

Nach Oelsnitz. Inserat scheint verloren gegangen zu sein. Wir haben es aber auch erst bemerkt, als wir auf Grund Ihrer Karte nachforschten.

#### Bekanntmachungen.

##### Zentralvorstand.

Wir müssen dringend ersuchen, bei allen Geldsendungen an unseren Kassierer stets die Bestimmung der Gelder auf dem Postanwendungsaufkleber anzugeben. Jede Sendung muss mit dem Stempel der Ortsgruppe versehen sein. Dadurch wird hinsichtlich aller anderen Sendungen an den Vorstand wie auch an die Redaktion verlangt. Alles für diese Bestimmung muss auch von der übrigen Sendung getrennt gehalten sein.

##### Der Vorstand.

#### Gauverwaltungen.

**Gau Brandenburg.** In folgenden Orten wird die Kollegin Auguste Voß aus Bremen über das Thema: "Die Stellung der Frau im wirtschaftlichen Kampf" sprechen:  
Sonnabend, den 8. Juni, in Velten;  
Sonntag, den 9. Juni, in Culo;  
Montag, den 10. Juni, in Röthebus;  
Dienstag, den 11. Juni, in Forst;  
Mittwoch, den 12. Juni, in Forst;  
Donnerstag, den 13. Juni, in Sacro;  
Freitag, den 14. Juni, in Röthebus;  
Sonnabend, den 15. Juni, in Röthebus;  
Sonntag, den 16. Juni, in Culo;  
Montag, den 17. Juni, in Sonnenfelb;  
Dienstag, den 18. Juni, in Sorau;  
Mittwoch, den 19. Juni, in Sorau;  
Donnerstag, den 20. Juni, in Röthebus;  
Freitag, den 21. Juni, in Röthebus;  
Sonnabend, den 22. Juni, in Spremberg;  
Sonntag, den 23. Juni, in Spremberg;  
Montag, den 24. Juni, in Spremberg;  
Dienstag, den 25. Juni, in Spremberg;  
Mittwoch, den 26. Juni, in Neudamm;  
Donnerstag, den 27. Juni, in Landsberg;  
Sonnabend, den 29. Juni, in Schwedt;  
Sonntag, den 30. Juni, in Züllichau.

Die Rollen und der Beginn der Versammlungen werden von den einzelnen Ortsverwaltungen durch Handzettel bekanntgegeben.

##### Die Gauleitung.

**Gauverwaltung.** Gauverwaltung. Die Weiberin Gebwig Weidner, geb. 20. März 1881 in Randen, ist mit einem gewissen Heller abgereist, ohne ihrer Verpflichtung dem Verband gegenüber nachgekommen zu sein. Die Ortsverwaltungen werden ersucht, bei dem Aufsuchen derselben sofort dem Kassierer Willy Rothmannscher Redaktion 63, Mietteilung zu machen. Ebenfalls wird vor dem gewissen Heller gewarnt, da er an mehreren Orten sich als Organisator aufgezeigt.

##### Die Ortsverwaltung.

**Gauverwaltung.** Gauverwaltung. Die Weiberin Gebwig Weidner, geb. 20. März 1881 in Randen, ist mit einem gewissen Heller abgereist, ohne ihrer Verpflichtung dem Verband gegenüber nachgekommen zu sein. Die Ortsverwaltungen werden ersucht, bei dem Aufsuchen derselben sofort dem Kassierer Willy Rothmannscher Redaktion 63, Mietteilung zu machen. Ebenfalls wird vor dem gewissen Heller gewarnt, da er an mehreren Orten sich als Organisator aufgezeigt.

##### Die Ortsverwaltung.

**Gauverwaltung.** Gauverwaltung. Die Weiberin Gebwig Weidner, geb. 20. März 1881 in Randen, ist mit einem gewissen Heller abgereist, ohne ihrer Verpflichtung dem Verband gegenüber nachgekommen zu sein. Die Ortsverwaltungen werden ersucht, bei dem Aufsuchen derselben sofort dem Kassierer Willy Rothmannscher Redaktion 63, Mietteilung zu machen. Ebenfalls wird vor dem gewissen Heller gewarnt, da er an mehreren Orten sich als Organisator aufgezeigt.

**Gauverwaltung.** Gauverwaltung. Die Weiberin Gebwig Weidner, geb. 20. März 1881 in Randen, ist mit einem gewissen Heller abgereist, ohne ihrer Verpflichtung dem Verband gegenüber nachgekommen zu sein. Die Ortsverwaltungen werden ersucht, bei dem Aufsuchen derselben sofort dem Kassierer Willy Rothmannscher Redaktion 63, Mietteilung zu machen. Ebenfalls wird vor dem gewissen Heller gewarnt, da er an mehreren Orten sich als Organisator aufgezeigt.

**Gauverwaltung.** Gauverwaltung. Die Weiberin Gebwig Weidner, geb. 20. März 1881 in Randen, ist mit einem gewissen Heller abgereist, ohne ihrer Verpflichtung dem Verband gegenüber nachgekommen zu sein. Die Ortsverwaltungen werden ersucht, bei dem Aufsuchen derselben sofort dem Kassierer Willy Rothmannscher Redaktion 63, Mietteilung zu machen. Ebenfalls wird vor dem gewissen Heller gewarnt, da er an mehreren Orten sich als Organisator aufgezeigt.

**Gauverwaltung.** Gauverwaltung. Die Weiberin Gebwig Weidner, geb. 20. März 1881 in Randen, ist mit einem gewissen Heller abgereist, ohne ihrer Verpflichtung dem Verband gegenüber nachgekommen zu sein. Die Ortsverwaltungen werden ersucht, bei dem Aufsuchen derselben sofort dem Kassierer Willy Rothmannscher Redaktion 63, Mietteilung zu machen. Ebenfalls wird vor dem gewissen Heller gewarnt, da er an mehreren Orten sich als Organisator aufgezeigt.

**Gauverwaltung.** Gauverwaltung. Die Weiberin Gebwig Weidner, geb. 20. März 1881 in Randen, ist mit einem gewissen Heller abgereist, ohne ihrer Verpflichtung dem Verband gegenüber nachgekommen zu sein. Die Ortsverwaltungen werden ersucht, bei dem Aufsuchen derselben sofort dem Kassierer Willy Rothmannscher Redaktion 63, Mietteilung zu machen. Ebenfalls wird vor dem gewissen Heller gewarnt, da er an mehreren Orten sich als Organisator aufgezeigt.

**Gauverwaltung.** Gauverwaltung. Die Weiberin Gebwig Weidner, geb. 20. März 1881 in Randen, ist mit einem gewissen Heller abgereist, ohne ihrer Verpflichtung dem Verband gegenüber nachgekommen zu sein. Die Ortsverwaltungen werden ersucht, bei dem Aufsuchen derselben sofort dem Kassierer Willy Rothmannscher Redaktion 63, Mietteilung zu machen. Ebenfalls wird vor dem gewissen Heller gewarnt, da er an mehreren Orten sich als Organisator aufgezeigt.

**Gauverwaltung.** Gauverwaltung. Die Weiberin Gebwig Weidner, geb. 20. März 1881 in Randen, ist mit einem gewissen Heller abgereist, ohne ihrer Verpflichtung dem Verband gegenüber nachgekommen zu sein. Die Ortsverwaltungen werden ersucht, bei dem Aufsuchen derselben sofort dem Kassierer Willy Rothmannscher Redaktion 63, Mietteilung zu machen. Ebenfalls wird vor dem gewissen Heller gewarnt, da er an mehreren Orten sich als Organisator aufgezeigt.

**Gauverwaltung.** Gauverwaltung. Die Weiberin Gebwig Weidner, geb. 20. März 1881 in Randen, ist mit einem gewissen Heller abgereist, ohne ihrer Verpflichtung dem Verband gegenüber nachgekommen zu sein. Die Ortsverwaltungen werden ersucht, bei dem Aufsuchen derselben sofort dem Kassierer Willy Rothmannscher Redaktion 63, Mietteilung zu machen. Ebenfalls wird vor dem gewissen Heller gewarnt, da er an mehreren Orten sich als Organisator aufgezeigt.

**Gauverwaltung.** Gauverwaltung. Die Weiberin Gebwig Weidner, geb. 20. März 1881 in Randen, ist mit einem gewissen Heller abgereist, ohne ihrer Verpflichtung dem Verband gegenüber nachgekommen zu sein. Die Ortsverwaltungen werden ersucht, bei dem Aufsuchen derselben sofort dem Kassierer Willy Rothmannscher Redaktion 63, Mietteilung zu machen. Ebenfalls wird vor dem gewissen Heller gewarnt, da er an mehreren Orten sich als Organisator aufgezeigt.

**Gauverwaltung.** Gauverwaltung. Die Weiberin Gebwig Weidner, geb. 20. März 1881 in Randen, ist mit einem gewissen Heller abgereist, ohne ihrer Verpflichtung dem Verband gegenüber nachgekommen zu sein. Die Ortsverwaltungen werden ersucht, bei dem Aufsuchen derselben sofort dem Kassierer Willy Rothmannscher Redaktion 63, Mietteilung zu machen. Ebenfalls wird vor dem gewissen Heller gewarnt, da er an mehreren Orten sich als Organisator aufgezeigt.

#### Streitfalltafel.

Motiven, die nicht für die nächste Woche neu eingesandt werden dürfen keine Aufnahme mehr.)

Im Streit befinden sich bzw. sind ausgespielt:

Textilarbeiter in: Stadtoldendorf (V. A. Motzfeld Söhne), Blüschweber usw. in:

Ebendorf (W. u. Lukas). In Bewegung ohne Streit befinden sich:

Textilarbeiter und -arbeiterinnen in: Chemnitz (David Richter), Textilarbeiter in:

Markisch (Hartmann), Drucker und Druckerinnen in:

Oberkohau (Summa), Textilarbeiter in:

Gingen (Maag), Wollkämmer und Kammgarnspinner in:

Delmenhorst (W. W. N.), Weber in:

Werbau (Werbaue Tuchfabrik), Landeshut (Schlesien), Friedland (Schlesien).

#### Versammlungskalender.

Augsburg. Sonnabend (Samstag), 15. Juni, im "Kohlergarten".

Worpsw. Sonnabend, 15. Juni.

Berlin II. (Postamentierer) Mittwoch, 19. Juni, abends 8½ Uhr im "Gewerkschaftshaus", Engelstr. 15, Saal 7.

Berlin. Jeden Freitag, abends von 7 bis 10 Uhr, bei Mansch, Blumenstraße 38; Saaltag.

Berlin. Bahnhof: Rüdersdorferstraße 18 bei Aug. Wittner.

Berlin. (Sektion der Dekreteure.) Jeden Sonnabend, abends von 7 bis 8 Uhr, bei Vollmann, Alte Jakobstraße 69; Bahntag.

Berlin. (Sektion der Siedler.) Jeden Freitag, abends von 8-10 Uhr bei Engel, Schubelstraße 80; Bahntag.

Berlin. (Schiffchen- und Handsticker.) Jeden Sonnabend, abends von 7-9 Uhr bei Mohler, Landsbergerstraße 115.

Berlin. (Für Charlottenburg.) Jeden Sonnabend, abends von halb 8 bis 8 Uhr, bei Hanemann, Marchstraße 29; Bahntag.

Berlin. (Für Moabit.) Bahnhof: Görlowohlstraße 24 bei Welt.

Berlin. (Sektion Münster.) Jeden Sonnabend, abends von halb 8 bis 7 Uhr, bei Berger, Bietenstraße 81; Bahntag.

Berlin-Wedding. Jeden Sonnabend, abends von 8 bis 8 Uhr, bei Content, Lehderstraße 5; Bahntag.

Bamberg. Montag, 10. Juni, abends 8½ Uhr, im "Grauen Peter". Weidenaum 1.

Bunzlau. Sonnabend, 15. Juni, abends 8 Uhr, in der "Hoffnung".

Büren. Sonntag, 16. Juni, abends 8 Uhr, bei Brinkmann, Bahnhofstraße.

Frankenberg. Sonnabend, 15. Juni, abends 8 Uhr, im "Stadt-park".

Freiburg. Sonnabend,